

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

EN AVANT! Hebdomadaire en langue allemande

Redaktion und Verlag: 5, Rue Mayran, Paris-9. Téléphone: Trudaine 46-52

Aus dem Inhalt:

- Das Wirtschaftsjahr 1937
- Deutschland unter Terror
- Aufrüstung über alles
- Die kulturelle Mission

Wir werden nicht schweigen!

Wir reden weiter der „Neue Vorwärts“ in Paris

Die politischen Vorgänge, die zu der Uebersiedlung des „Neuen Vorwärts“ von Karlsbad nach Paris führten, haben in der Weltpresse ziemlich viel Staub aufgewirbelt. In linksgerichteten Blättern, besonders in sozialdemokratischen, wurde eine Kritik geübt, die deutlich genug war, obwohl sie durch den verständlichen Wunsch, die Schwächen der tschechoslowakischen Regierung nicht so zu vermehren, wie sie gedämpft wurde. Restlos zufriedener zeigte sich dagegen die Henleinpresse und der deutsche Rundfunk, welche triumphierend, der „Neue Vorwärts“ habe sein Erscheinen „angekündigt“, obwohl zur Zeit dieser Meldung in allen Zeitungen schon zu lesen war, dass sein Wiedererscheinen in Paris unmittelbar bevorstand. Die Lage von der Einstellung des „Neuen Vorwärts“ war ganz offensichtlich der Zweck erfunden, unter dem Namen im Inland Entmutigung zu verbreiten — ein Beweis mehr dafür, dass das Regime des Fortbestandes der sozialdemokratischen Partei und ihres Organs im Ausland als schwere Belastung empfunden. Das ist es, was nicht gemacht, so muss es gemacht, um totzuliegen.

Wie man sich vorstellen kann, „Pressefrieden“ zwischen Prag und Berlin vorstellbar, hat die Erfahrung der letzten Jahre zahlreiche Beispiele geliefert, über die sich freilich keiner wundern wird, da die Verhältnisse einigermaßen bekannt. Selbstverständlich fährt die deutsche Presse und fährt der deutsche Rundfunk fort, die Tschechoslowakei anzugreifen. Man ist dabei in der angenehmen Lage, den Angriff als objektive Berichterstattung darstellen können. Die Tschechoslowakei ist nämlich ein demokratisches Land, die Henleinpresse schreibt, was sie will, und die Henleinabgeordneten reden, was sie wollen. Manchmal reden und schreiben sie auch das, was ihre Berliner Auftraggeber gerne oder geschrieben haben wollen. Wird das dann, von der deutschen Presse, vom deutschen Rundfunk wiedergegeben, so mag sich Prag darüber, wenn es ihm Spass macht, in Berlin beschweren — man wird ihm mit der Miene des Biedermaunes erklären, eine objektive Berichterstattung müsse doch noch erlaubt sein, und was in der Tschechoslowakei ungehindert verbreitet werde, das werde doch wohl auch in Deutschland weiterverbreitet werden dürfen...

So sieht die eine Seite der Münz aus, wie aber die andere? Die Presse in der Tschechoslowakei — vom braunen Rundfunk gar nicht zu reden — hat keine Gelegenheit, Stimmen einer legalen Opposition aus Deutschland wiederzugeben, weil eine solche Opposition bekanntlich nicht existiert; sie hat infolgedessen recht keine Gelegenheit, sich Ärgernisse zu bestellen, um dann „objektiv“ über sie zu berichten. Das Ergebnis ist, ganz wie zu erwarten war, dass von einer Seite der Mund verschlossen ist, während die andere ihn nur umso weiter aufreißt, dass die eine Seite zum Schweigen gezwungen wird, oder gezwun-

Pressefrieden - und was dann?

Im „Populaire“, dem Zentralorgan der sozialistischen Partei Frankreichs, veröffentlicht Genosse Bracke den folgenden Artikel über die Verlegung des „Neuen Vorwärts“ von Prag nach Paris:

Nach dem Siege und der Machtergreifung des Hitlersystems in Deutschland und der edlen Niederlage der heldenhaften Arbeiterklasse Oesterreichs ist Prag, die Hauptstadt der tschechoslowakischen Republik, das Zentrum der Propaganda der Presse der geächteten deutschen und österreichischen Sozialdemokratie geworden. Der „Neue Vorwärts“ und die „Arbeiterzeitung“ dienen nicht nur der Verbindung zwischen den Emigranten in der ganzen Welt, sondern auch mit den Freunden und Genossen, die im Innern des Landes unter Bedingungen kämpfen, die man sich kaum vorstellen kann.

Prag, das inmitten eines demokratischen Volkes liegt, von dem ein guter Teil das Deutsche als Muttersprache spricht, und das von den Grenzen der beiden faschistischen Länder nur wenig entfernt liegt, war ein angezeigter Treffpunkt.

In den Augen der Herren der Despoten war das noch zuviel Freiheit. Seit Jahren haben beide einen unaufhörlichen Druck auf die Regierung der tschechoslowakischen Republik ausgeübt, damit diese Regierung den Emigranten verbiete, die Wahrheit über die Diktaturen zu sagen.

Es ist sehr charakteristisch, dass die Pression des jesuitischen Schuschnigg als erste Erfolg gehabt hat. Man erinnert sich, dass

die Arbeiterzeitung vor mehreren Monaten ihre Druckerei nach Paris verlegen musste. Wir haben uns in diesem Augenblicke zum Sprachrohr des Protestes gemacht, den nicht nur die Sozialisten, sondern alle Demokraten Frankreichs erhoben haben.

Jetzt ist das Organ der deutschen Sozialdemokratie an der Reihe. Der „Neue Vorwärts“ ist der Unterdrückung zum Opfer gefallen, weil seine Redaktion sich verpflichtet hat, sich auf einen „Pressefrieden“ gegenüber der deutschen Diktatur zu verpflichten.

Gewiss kennen wir die politische und wirtschaftliche Lage der tschechoslowakischen Republik, dieser Insel des Friedens. Aber es ist die Frage, ob das Nachgeben die beste Verteidigung gegen den Druck darstellt, ob diese Neigung zum Nachgeben die Mächtige ermutigt, die umgekehrt Druck gegen Druck setzen könnten, oder besser gesagt, die moralische und politische Verstärkung der Solidarität, die die Macht der Dinge zwischen allem schafft, was in der Welt demokratisch ist.

In jedem Falle können wir nur wiederholen, was der „Neue Vorwärts“ in seiner Nummer vom 26. Dezember 1937 gesagt hat. Ein Pressefrieden in dem die Demokratie sich verpflichtet, nicht mehr die Wahrheit zu sagen, ist ein Frieden, in dem die Diktatur nichts gibt, die Demokratie aber alles — mit sich selbst angefangen. Was ist eine Demokratie ohne Pressefreiheit?

Es liegt darin eine immer wieder neue Lehre für jene Politiker, die sich für „Rea-

listen“ ballen weil sie sich darauf einlassen den Frieden zu erkaufen, so sagt der „Neue Vorwärts“, indem sie ein wenig Freiheit in Zahlung geben — aber die Freiheit anderer. Die Gabe an Schuschnigg hat ganz natürlich das Geschenk an Hitler nach sich gezogen. Und was kommt nun? Wohin wird man auf dieser schiefen Ebene noch gleiten? Schon reiben sich die Nazis in der Tschechoslowakei die Hände. Auch wenn sie für einige Zeit den Finger auf den Mund legen müssten, so würden sie sich doch nicht weniger ermutigt fühlen. Und die Regierungen Englands und Frankreichs? Werden auch sie die Folgen erst erkennen, wenn es zu spät sein wird?

„Der Neue Vorwärts“ hat im Augenblicke, in dem er seinen Sitz nach Paris verlegt, an die Unterdrückung der von Karl Marx geleiteten Neuen Rheinischen Zeitung in Köln durch die preussische Reaktion im Jahre 1849 erinnert. Er hat den Titel seines Abschiedsartikels jenem berühmten Gedicht Ferdinand Freiligrath entlehnt, in dem der grosse sozialistische Dichter die Bevanche der Revolution vorhergesagt:

Troiz alledem!
Ja, trotz alledem, ihr Genossen von Deutschland und Oesterreich, ihr Genossen von überall! Wir alle hören in den Tagen des Zurückweichens und der Verfolgung ein jeder in seiner Sprache, in uns die Stimme der sicheren Hoffnung auf die Zukunft im Kampfe gegen alle Verbrechen der antidemokratischen Diktaturen:

Troiz alledem! Malgré tout!

Ihre Mission

Hitler wird im kommenden Frühjahr Italien besuchen. Die Despoten der Achse Berlin—Rom unterstreichen ihr Bündnis durch feierliche Staatsbesuche. Ein jeder von ihnen führt dem eigenen Volke den „starken Freund“ vor, um dem Mangel an Kriegslust im eigenen Volke entgegenzuwirken. Diese Staatsbesuche sind ein Stück Kriegsvorbereitung.

Mussolinis Situation ist heute kritischer als die Hillers. Er ist dem fatalen Punkte näher, an dem das Missverhältnis zwischen dem Machtwillen und den Eroberungsgelüsten nach aussen und der inneren politischen und wirtschaftlichen Kraft einen Strich durch die Machtpolitik zieht. Darum ist er im Augenblicke auch der grössere Hazardeur von den beiden. Er wird den Hitlerbesuch benutzen, um die wankende Stimmung im eigenen Lager zu stützen. Schon heute hat seine Presse einen umfassenden Propagandafeldzug für den Hitlerbesuch begonnen.

Sagt sie, dass dieser Besuch der Kriegsvorbereitung gilt? O nein, mit jener besonders zynischen Verlogenheit, die der versklavten Presse beider Länder eigentümlich ist, rühmt sie

„die kulturelle Mission, die beide Völker für den Frieden und die Zukunft Europas unternommen haben.“

wartet werden, dass er diesen Kampf aufgeben würde: den Nationalsozialismus zu bekämpfen, ist für ihn die einzig mögliche Mission. Ebenso klar ist, dass die Tschechen fühlen mussten, dass dadurch ihre Beziehungen zu Berlin gefährdet wurden. Ihr Entschluss, die Fortsetzung der Publikation auf tschechoslowakischem Boden nicht mehr zu gestatten, kommt nicht

Diese kulturelle Mission besteht darin, dass Europa heute in einen Zustand versetzt ist, dessen grauenhafte, barbarische Züge erst kommende Historiker und Kulturhistoriker mit Entsetzen feststellen und beschreiben werden. Der grossen Masse der Zeitgenossen ist leider noch der Blick getrübt für das, was heute wirklich in Europa ist — weil es schwer ist, die Wahrheit zu ertragen und liebgeordnete Vorstellungen aus besseren Tagen aufzugeben. Aber die Kulturverwüstung macht nirgends halt — auch nicht vor den Inseln der Freiheit!

Die Tage finsterten politischen Druckes, wie sie die Zeiten der Heiligen Allianz mit sich gebracht hatten, des Kulturverfalls in einigen Ländern, wie sie im Geistigen in den Zeiten des dreissigjährigen Krieges nicht schlimmer gewesen sein können, sind wiedergekehrt.

Kulturelle Mission? Wohin man auch blickt in diesen Tagen — überall erkennt man ihre Spuren: im Verfall der politischen und menschlichen Moral, im Weittrüben ohne Ende, in den Anschlügen gegen die Freiheit, im Wachstum des internationalen Antisemitismus, in der geistigen Untreue und Unwahrhaftigkeit aller Orten, in der Ausbreitung der Kriegsfurie, in der immer grösser werdenden Trennung der Völker. Das alles ist ein entsetzlicher Rückfall — und es ist die Absicht der Despoten, ein Volk nach dem anderen in diesen Rückfall in die Barbarei hineinzureissen.

überraschend, ist aber nichtsdestoweniger bedauerlich. Man darf hoffen, dass der „Vorwärts“ Gelegenheit finden wird, sein Erscheinen in einem anderen Lande weiterzuführen, das weniger Grund hat, vor Deutschland bange zu sein.
Als ein solches Land nannte das grosse liberale Blatt zum Schlusse seiner Ausführungen England.

Die Wahlen in Rumänien haben König Carol die Möglichkeit gegeben, eine rechtsradikale Regierung einzusetzen, die von seinem Willen abhängiger ist als jede ihrer Vorgängerinnen. Diese Regierung hat nach aussen laut ihre Vertragstreue verkündet, gegenüber Frankreich wie gegenüber der kleinen Entente. In Wahrheit vertritt sie die Politik Carols, der sich nicht binden will. Die Empfehlungen, die der polnische Außenminister Beck seinerseits Carol gegeben hat, sind auf fruchtbar Boden gefallen — Rumänien ist heute ebenso wie Polen ein unsicherer Faktor in der europäischen Politik.

Im Innern geht diese Regierung nach den brutalsten antisemitischen Rezepten vor. Sie ahmt den Terror des Dritten Reichs gegen die Juden nach, wobei man allerdings feststellen muss, dass der rumänische Antisemitismus älteren Datums ist als der Hitlers. Hitler hat den finstersten Antisemitismus des europäischen Ostens und Südostens nach Mitteleuropa übertragen — darin bestand seine Kulturmission. Heute nun stärkt der deutsche Antisemitismus dem rumänischen wieder den Rücken.

Der Antisemitismus ist die geistige Pest Europas. Er ist die grösste und dümmste Form des Nationalismus. Er kann sich nur ausbreiten, weil die Politik der Selbstabsperrung der Völker immer weiter um sich greift. Selbst bei den freien Völkern zeigen sich heute sehr bedenkliche Symptome von Fremdenhass. Die Staatsmänner der westlichen Länder haben sich gegen die Bildung von ideologischen Blocks ausgesprochen, das heisst sie haben es abgelehnt, ihre internationale Politik auf die Ideen der Freiheit und der Demokratie zu gründen. Während sie die grossen fortschrittlichen Ideen verleugnen, greift die Macht der dunkelsten und reaktionärsten Ideologien immer weiter um sich.

Es ist ein bedrückendes Bild, das eine europäische Regierung nach der anderen die gegenrevolutionären Ideologien amtlich fördert, während von den grossen Demokratien keine zielbewusste Gegenwirkung ausgeht.

Bis zum Weissbluten

In einem Artikel von Churchill, der in der Weltpresse veröffentlicht worden ist, hat der englische Konservative von dem festen Willen der demokratischen Mächte gesprochen, sich nicht entmachten zu lassen. England, so berichtet er, gebe gegenwärtig für seine Flotte viermal so viel aus wie Italien. Fünf Schlachtschiffe seien in Bau. Nach dem Programm von 1938 müsse ein weiteres Geschwader von Schiffen der grössten Klasse gebaut werden. Die Vereinigten Staaten würden bis zur vollen Parität mit England aufbauen, auch Frankreich verstärke seine Flotte. Unter allen Umständen, so sagte er, darf man behaupten, dass die Herrschaft über die Ozeane in den Händen der grossen Westmächte liegt.

Demgegenüber setzt die kommandierte deutsche Presse ihre Hoffnungen auf die Streitkraft Japans zur See und auf die Gunst der strategischen Lage Japans, sie stellt die Schwierigkeiten in Rechnung, die den grossen Westmächten im Mittelmeer durch das gemeinsame Vorgehen der deutsche und der italienischen Despotie erwachsen.

Mussolini hat noch direkter geantwortet, er hat den Bau von zwei weiteren Grosskampfschiffen und 12 Kreuzern angekündigt. Er setzt die letzte Kraft Italiens für seine Politik des Machtbluffs ein. Aber eine Schraube treibt die andere! Vor dem Weltkriege gab es eine originelle Theorie über das Wettüben. Sie besagte: „Je umfangreicher die Rüstungen, um so grösser und unberechenbarer das Kriegsrisiko, umso gesicherter also auch der Friede.“ Nach dieser Theorie müssten die Schuldigen an der neuen Rüstungstreiberi — Hitler und Mussolini — die wahren Friedensfreunde in Europa sein. Diese Theorie hatte allerdings ein Loch: Sie übersah, dass vermehrte Kriegsrüstung auch vermehrte Kriegswillen und zugleich Panikstimmungen erzeugt — und am Ende der Rüstungstreiberi der Vorkriegszeit gingen die Kanonen von selber los.

Uns erreicht die schmerzliche Nachricht, dass Genosse Franz Klühs, der langjährige stellvertretende Chefredakteur des „Vorwärts“, am 7. Januar in Berlin gestorben ist. Mit ihm ist einer der hervorragendsten Vertreter der sozialdemokratischen Journalistik, einer der besten und treuesten Genossen hingegangen.

Franz Klühs war am 5. Mai 1877 in Neuenkirchen auf Rügen als Sohn eines Landbriefträgers geboren. Nach einer harten Jugend brachte ihn sein Beruf als Setzer schon sehr früh mit der Arbeiterpresse in Verbindung, der sein ganzes Leben gewidmet sein sollte. Schon im Jahre 1900 wurde er, dreundzwanzigjährig, Redakteur der „Volksmacht“ in Breslau, wo er sich mit Paul Löbe zusammenfand. Von 1907 bis 1920 war er Redakteur an der von Paul Bader geleiteten „Volksstimme“ in Magdeburg. Hier entfaltete er auch als Vorsitzender des Wahlkreises und Stadtverordneter eine fruchtbare organisatorische und kommunalpolitische Tätigkeit. Er galt längst als einer der besten Männer der Parteipresse, als ihm im Jahre 1920 der Ruf nach Berlin erreichte. Er hat dann bis 1933, das heisst bis zum Ende, der Redaktion des „Vorwärts“ angehört. In dieser Zeit hat er sich auch der Interessen seiner journalistischen Kollegen innerhalb wie ausserhalb der Partei lebhaft angenommen und im Verein „Arbeiterpresse“ wie im Reichsverband der deutschen Presse an hervorragender Stelle gewirkt.

Die Methode

Der französischen Polizei ist es gelungen, eine der dreiesten rechtsradikalen Provokationen aufzuklären. Im September 1937 erfolgten in Paris zwei Bombenexplosionen in Gebäuden französischer Arbeitgeberverbände. Die französischen Rechtsradikalen haben damals sofort den Versuch unternommen, eine Welle der Panik und der Empörung gegen den Linksradikalismus hervorzurufen.

Nunmehr hat die französische Polizei festgestellt, dass es sich um Attentate gehandelt hat, die von Mitgliedern sogenannter „Selbstschutzverbände“ des Rechtsradikalismus ausgeführt worden sind. Diese provokatorischen Attentate sollten eine Bürgerkriegsstimmung hervorrufen, vielleicht sogar das Signal zu putschistischen Unternehmen geben.

Diese Methode der Provokation ist den Faschisten in der ganzen Welt eigenartig. Als die Rechtsputschisten in Deutschland in den ersten Jahren der Stabilisierung einen Absprung suchten, heckten sie folgenden Plan aus: einige reaktionäre Grossindustrielle sollten ihre Arbeiter aussperren, dann, so rechneten sie, werde die Arbeiterschaft sich mit der Waffe des Generalstreiks zur Wehr setzen, und dagegen wieder könne man dann mit Hilfe der Reichswehr einen rechtsradikalen Staatsstreich unternehmen. Die Rechnung war damals in allen Punkten falsch — aber der Gedanke der Provokation hat sich weiter vererbt. Es hat keine rechtsradikale Gruppe in Deutschland gegeben, die ihn nicht in den Mittelpunkt ihrer Taktik gestellt hat. Seit damals sind die Methoden der Provokation immer gröber geworden, bis sie am 27. Februar 1933 ihre Krönung gefunden haben in Görings Reichstagsbrand.

Ist der Zusammenhang nicht klar, ist nicht die internationale Einheit des rechtsradikalen Verbrechertums deutlich sichtbar? Die Bombenattentäter von Paris sind die gelehrigen Schüler von Hermann Göring.

Juden ohne Pass

Nachdem im Streicher-Revier wie auch in Ostpreussen es schon seit längerer Zeit Brauch ist, Juden die Ausstellung eines Passes zu verweigern, ist man jetzt auch in Berlin diesem Beispiel gefolgt, das nun überhaupt für das ganze Reich Gültigkeit erlangen soll.

Auf Grund einer privaten Information aus dem Reich teilt die stets gut unterrichtete „Göteborgs Handels- och Sjöfarts Tidning“ (1937, Nr. 296) u. a. das folgende mit: „Auch bisher ist es schon sehr schwierig für die deutschen Juden gewesen, Pässe ausgestellt zu erhalten. Das Gesuch musste meist zwei oder drei Monate vorher eingereicht werden, so dass die Gültigkeitsdauer

Im Herbst 1933 wurde Klühs verhaftet, und am 20. Juni 1934 stand er wegen angeblicher „Vorbereitung zum Hochverrat“ vor dem Reichsgericht. Dem alten Kämpfer war eine solche Situation nicht neu; hatte er doch auch in der Kaiserzeit als verantwortlicher Redakteur vor Gericht gestanden und erhebliche Freiheitsstrafen verbüsst. Diesmal freilich ging es um mehr, aber das bestärkte ihn erst recht in seiner männlichen Haltung. In einem Bericht des Amsterdamer „Het Volk“ wurde damals gesagt:

„Klühs machte vor Gericht als sozialistischer Kämpfer einen prächtigen Eindruck. Er erklärte, dass er seit vielen Jahrzehnten Sozialdemokrat sei und seine Ueberzeugung nicht geändert habe. Das Gefängnis, um was diesem voranging, habe aus dem dunkelblonden 57jährigen Mann wohl einen Greis gemacht, aber sein Geist hat nicht gelitten. Ruhig und sicher, mit dem fühlbaren Uebergewicht eines starken Charakters, klang seine Stimme den Richtern in die Ohren. Die Männer in den roten Talaren sasssen unbeweglich und hörten zu. Sie bewegten sich nicht, als Klühs erklärte, dass seine Erklärungen, abgelegt vor der Geheimen Staatspolizei im Columbia-Haus, nichts bedeuten könnten, da sie abgelegt worden seien unter geistigem und vor allem auch unter körperlichem Druck, über dessen Einzelheiten er hier lieber nicht sprechen wolle.“

Die Reichsrichter fanden Klühs „schuldig“ und verhängten über ihn eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren und neun Monaten. Im Sommer 1936 wurde

des Passes, der meist nur für sechs Monate ausgestellt wurde, bereits zur Hälfte abgelaufen war, wenn das Papier endlich in die Hände des Besitzers gelangte. Nunmehr werden für Juden Pässe nur dann ausgegeben, wenn sie für Auswanderungszwecke oder für reine Geschäftsreisen benötigt werden. In einigen Teilen des Reiches wird sogar verlangt, dass als Ziel der Auswanderung ein aussereuropäisches Land gewählt werde. Eine Geschäftsreise ins Ausland wird nur dann gestattet, wenn sie von wirklichem Interesse für den deutschen Export ist, was durch das Gutachten einer Handelskammer erst umständlich bewiesen werden muss. Von diesen Pass-Schwierigkeiten werden die deutschen Juden noch härter betroffen als von den Hindernissen, die ihrer Erwerbsarbeit in den Weg gelegt sind. Ohne Pass fühlen sie sich wie Gefangene. Erholungsreisen ins Ausland sind verboten. Am grausamsten aber wird die neue Ordnung sicher von denjenigen Juden empfunden werden, deren nächste Familienangehörige Deutschland verlassen haben und im Ausland leben. Gegenseitige Besuche sind ihnen jetzt völlig unmöglich gemacht worden, da auch die im Ausland lebenden Juden keine Einreiseerlaubnis nach Deutschland mehr erhalten.“

Das Tollste aber ist, dass dieselbe Regierung, die ihren Untertanen, sobald sie rassistisch oder sonstwie nicht genehm sind, nicht einmal ein Legitimationspapier ausstellt, — das Tollste ist, dass diese Regierung sich täglich und stündlich dazu erdreistet, zivilisierten, demokratischen freien Staaten moralpredigend in die inneren Angelegenheiten hineinzureden und ihnen „Unterdrückung der Minderheiten“ vorzuwerfen.

Hiebe in Island

Der deutschen Zwietracht mitten ins Herz hat bekanntlich Adolf Hitler den wohlgezielten Todesstoss geführt und ein Volk von nichts als Brüdern aus den Deutschen gemacht, die früher — in der Schmachzeit — einander ständig in denselben Haaren lagen, die sie nun unterm Vierjahresplan lassen müssen . . .

Was es mit der braunen Brüderlichkeit, mit der vom Führer verordneten Volksgemeinschaft auf sich hat, weiss im Reich jeder, der nicht entschlossen ist, noch dümmer zu sein, als aus Sicherheitsgründen unbedingt notwendig wäre. Aber auch im Ausland weiss man Bescheid. Jetzt haben z. B. die Bewohner von Reykjavik, nahe dem Nordpol, ein Beispiel neudeutscher All-Einigkeit, ein . . . „schlagendes Beispiel“ sogar, miterleben können.

In Reykjavik, der Hauptstadt Islands, wird das braune Reich durch einen Generalkonsul repräsentiert, einen zuverlässig hitlertreuen Herrn, wie sich von selbst versteht. Der Mann gibt sich redliche Mühe, für die Erneuerungstat und das Welterlösungsprogramm seines Herrn und Meisters Propaganda zu machen. Ob mit Erfolg, ist eine andere Frage.

Dieser Herr Generalkonsul ist nun kürzlich überfallen und verprügelt worden. Von wem? Von einem abgefemten Sendling der „marxistischen Unterwelt“? Von einem ge-

er dann aus der Strafhaft entlassen. Mit erschütterter Gesundheit kehrte er zu seiner Frau und seinen Kindern, einem neunjährigen Töchterchen als jüngstem, zurück. Nun hat eine Hirnhautentzündung diesem Kämpferleben ein vorzeitiges Ende bereitet.

Klühs war ein Mann, der nie etwas für sich selber gewollt, der stets seine Person hinter die Sache zurückgestellt hat. Er war alles andere als ein Blender; alle Erfolge, die er errang, verdankte er seinem wirklichen Können. Seine grenzenlose Treue und Hingabe für die Sache, die er als die richtige erkannt hatte, sicherten ihm die freundschaftliche Verehrung aller, die ihn kannten.

Klühs hat neben unzähligen Artikeln auch einige grössere Arbeiten verfasst, so 1912 eine Schrift über die Verfolgung der Sozialdemokratie in der Kaiserzeit („Terror“), eine zweite über den „Aufstieg“, den die Bewegung trotz alledem vollbrachte, eine dritte über einen wirklichen Führer von höchsten Geistes- und Charaktereigenschaften, „August Bebel“. Diese Schriften werden einmal in den Büchereien des freien Deutschlands, für das Franz Klühs gekämpft hat und zum Märtyrer geworden ist, einen ehrenvollen Platz einnehmen. Mehr noch als abgedruckt, was er schrieb, ist durch das, was er war und was er tat, Franz Klühs ein dauerndes Gedeken in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung gesichert.

denungen: Knecht Alljudas? Mithras, Sondern: von einem Angehöriger der fröhlichen, seeligen, gnadbringenden Volksgemeinschaft, einem deutschen Nazistudenten, der ebenfalls nach Island zu den Ur-Ariern entsandt worden war, um für den Teufelschismus die Göbbspauke zu schlagen. Der feurige junge Mann behauptet, der Generalkonsul habe seiner Absicht, Vorträge über den Arbeitsdienst zu halten, nicht genügend Förderung angedeihen lassen und auf diese Weise Sabotage wider den Führer verübt. Nach altem Kampf-Brauch verabschiedete er ihm, dem Volks- und Parteigenossen und amtlichen Vertreter des Höchsten eine Tracht Prügel . . .

In gewissen SS-Kreisen hat diese Tat Sympathiegeföhle erregt. „Nieder mit der Bürokratie!“ ist dort die Losung. Aber die Bürokratie sonnt sich im Geadenschein des Führers. Der „sabotierende“ Generalkonsul ist nicht abberufen worden. Man hat im Gegenteil die Auslieferung des Nazistudenten und Altentäters erreicht. Er wird bei seiner Heimkehr ins braune Vaterland keineswegs als neuer Horst Wessel gefeiert werden.

Prügelssenen zwischen Nazisendboten im Norden . . . Peinliche Sache. Dergleichen kommt zwar in Deutschland selbst alle paar Augenblicke vor; aber daheim ist dafür gesorgt, dass die Presse sowas nicht ausplaudert. Dort oben amüsieren sich echte Germanen laut über die minderrassischen Gäste und ihre „arische Kultur“.

„Der Banner ist kein Spielzeug“? „Der Spott ist mein“, spricht das Dritte Reich, das den „Stürmer“ als offizielles Organ zwangsweise unter die Leute bringt.

Verfrachtung

Das Dritte Reich nimmt Italien eine Erportware ganz besonderer Art ab. Im März werden 25 000 Landarbeiter nach Süd- und Mittelddeutschland verfrachtet werden, um dort Pflanzarbeiten vorzunehmen. Diese Arbeiter werden besonders uniformiert werden, sie sollen in Gruppen von 10 bis 25 Mann eingeteilt werden. Die Unfreiwilligkeit dieser Art von Arbeit springt in die Augen. Die Despoten verhandeln untereinander ihre Arbeiter wie eine Sklavenfracht.

Brauner Presseterror

Der österreichische Bundeskanzler Schuschnigg hat dem Daily Telegraph ein Interview gegeben, in dem er gesagt hat: „Ein Abgrund trennt Oesterreich vom Nationalsozialismus“. Die Folge dieses Wortes war ein wütender Feldzug der kommandierten deutschen Presse gegen die österreichische Regierung. Ein jeder solcher Pressefeldzug ist eine terroristische Drohung, die deutlich zeigt, was es mit dem „Pressefrieden“ der Despoten auf sich hat. Diese Art von Frieden besteht darin, dass die Terrorisierten zu küssen haben — sonst ist es aus mit dem „Frieden“.

Deutschlands Kolonialhunger

Deutschlands Hunger nach Kolonien, soweit er Lord Halifax dargelegt und inzwischen bekannt geworden ist, bezieht sich vorerst auf Belgisch-Congo und Portugiesisch-Angola. Zwar hat sich Hitler auf die Forderung nach grundsätzlicher Anerkennung von Kolonien für Deutschland beschränkt. Doch hat Göring in bekannter Offenherzigkeit das Kind beim Namen genannt. Die Welt ist über die Unbescheidenheit der Forderungen erstaunt. Und doch sind gerade diese Forderungen nicht neu.

Wir haben an dieser Stelle Deutschlands Kolonialforderungen und Kolonialpropaganda mehrfach sehr eingehend behandelt. Besonders soweit es die konkreten braunen Ziele betraf, ist hier bereits vor zwei Jahren, am 12. Januar 1936 und am 7. Februar 1936, dargelegt worden, dass Deutschland eben die belgischen und portugiesischen Besitzungen in Afrika fordert. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass der jetzige belgische Minister, Gen. Wauters, am 10. März 1936 im belgischen Senat in einer grossen Rede zum Kolonialetat das in den beiden genannten Artikeln veröffentlichte Material sich zu eigen machte und behandelte.

Die Erinnerung an die damals von uns zitierten Tatsachen, die sich auf eine grosse Anzahl deutscher Publikationen stützen, ist jedoch noch aus einem andern Grunde bemerkenswert. Damals argumentierte das Dritte Reich so:

Hitlerdeutschland ist bereit, anstelle der schwächlichen Holländer als neue Herren des heutigen Niederländisch-Indiens zusammen mit England in Britisch-Indien und Frankreich in Indochina die japanische Gefahr zu bekämpfen. Dieses „Opfer“ verdient natürlich eine Anerkennung, die über den Besitz von Niederländisch-Indien hinausginge. Sie müsste bestehen in der Abtretung der belgischen und portugiesischen Besitzungen in Afrika.

Wenn gegenüber Lord Halifax „nur“ mehr von Afrika, nicht mehr von Niederländisch-Indien, das ursprünglich den Ausgangspunkt bildete, gesprochen wurde, so liegt darin kein Verzicht, sondern lediglich eine Aenderung der Taktik. Machte man sich damals noch Hoffnungen, zusammen mit England und Frankreich die „gelbe Gefahr“ zu bekämpfen und auf diesem Wege Niederländisch-Indien ganz oder teilweise schlucken zu können, so hat man diese Illusion inzwischen aufgeben und erkennen müssen, dass England die braune Gefahr so wenig wie die gelbe als Nachbar in Singapore wünscht.

Deutschland hat seither in seiner Asienpolitik einen radikalen Kurswechsel vorgenommen. Kann man auf Kosten japanischer Zukunftspläne nicht mit England gehen, dann muss eben versucht werden, mit Japan gegen England zu marschieren. Aus der „gelben Gefahr“ ist der asiatische Bundesgenosse geworden. Die englische Presse hat sich von dem irritierenden Titel des Bündnisses nicht täuschen lassen. Sie hat ausgesprochen, dass der Antikominternpakt viel weniger gegen Russland als gegen die westlichen Demokratien und ihre Interessen zielt. Allmählich sollte man doch gelernt haben, dass das braune System das bolschewistische Etikett jedem anheftet, der ihm im Wege steht. So wie im Innern der Sozialdemokrat, der opponierende Katholik oder Bekenntnis-Christ einfach zum Bolschewisten gestempelt wird, so wird man nötigenfalls in der Aussenpolitik keinen Augenblick zögern, Arm in Arm mit der „gelben Gefahr“ den holländischen „Bolschewismus“ in Niederländisch-Indien zu bekämpfen. Und der antirevolutionäre Ministerpräsident und Kolonialminister Colijn hat dann nur noch die Wahl, gute Miene zum bösen Spiel zu machen und die unerwünschten „Helfer“ freundlich zu begrüssen oder sich gegen sie zur Wehr zu setzen und damit für die deutsche Propaganda zu einem gefährlichen internationalen Bolschewistenhäuptling zu werden. Es liegt ein gerütteltes Mass zynischer Offenheit in der Versicherung des italienischen Aussenministers gegenüber dem sowjetrussischen Botschafter, dass der Antikominternpakt „nicht gegen die USSR.“ gerichtet sei!

Dass die deutsche Politik trotz aller Wandlungen in der Taktik das Ziel nicht aus dem Auge verloren hat, beweist die deutsche Propaganda in

Aufrüstung über alles

„Inmitten einer Welt, die nach wenigen Anstiegsjahren bereits wieder zu zweifeln begann, ob der Wiederaufschwung fortgesetzt oder das Gewonnene behauptet werden könne, hat die deutsche Wirtschaft den Weg zu neuen Höchstziffern ihrer Gütererzeugung fortgesetzt.“ So beginnt die „Frankfurter Zeitung“ (25. 12. 37) ihren Rückblick auf das Wirtschaftsjahr 1937. Aber die Freude darüber, dass Hitlerdeutschland vor den Sorgen der übrigen Welt bewahrt sei, ist nicht ganz ungetrübt. Zwischen den Zeilen steigt leise Wehmut auf darüber, dass der Preis für dieses Anderssein als die anderen ziemlich hoch ist. Die „Kommandogewalt“ geht von den Unternehmern immer lückenloser an die Staatsgewalt über, weil die Kriegsvorbereitung mehr und mehr alle anderen Motive wirtschaftlicher Betätigung zurückdrängt.

„Das Jahr 1937“, heisst es in der Neubetrachtung der „Frankfurter Zeitung“, „hat im Zeichen des Vierjahresplanes gestanden.“ Die gestellte Aufgabe habe „noch stärker als im Vorjahr zu einer Ausbreitung und Durchdringung der wirtschaftlichen Organisation der staatlichen Behörden und der Gewerbe selbst“ geführt und schliesslich gar notselbst gemacht, „die wirtschaftlichen Kommandogewalten umzugestalten und zusammenzufassen“. Die militärische Zielsetzung der Wirtschaft bedingt ihre militärische Lenkung. Die „staatliche Aktivität“ habe vermutlich „einen noch grösseren Anteil als 1936 an der unmittelbaren Gestaltung von Investition, Erzeugung, Ausfuhr und Verbrauch“ gehabt. An privaten Investitionen habe es zwar auch nicht gefehlt, aber auch diese „entsprangen oder waren abhängig meist nicht von dem eigenen Antrieb der Investoren, sondern sie wurden ausschliesslich von der Zweckmässigkeit der vom Vierjahresplan gesetzten Aufgaben geleitet, d. h. das Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe entschied letztlich über sie“. Die private Initiative, die Hitler zu neuem Lebenshase erwecken wollen, ist im Dritten Reich nun nicht viel mehr als ein Schein. Die Produktion steigt, aber um den Preis, dass man alles, was nicht der Kriegsvorbereitung dient, verkümmern lässt. Die Vierjahresplanindustrien gedeihen, aber um den Preis, dass über den privaten Sektor der Wirtschaft eine Dauerdepression verhängt wird.

Investitionen für den Krieg

Die Summe der Investitionen ist von 4,25 Milliarden 1932 auf 16,5 1937 gestiegen. Schon 1936 betrug sie das Dreieinhalbfache von 1932. 1937 hatte sie um weitere drei Milliarden zugenommen. Der Umfang der Investitionen hatte 1932 nur ein Drittel des Volumens von 1928 betragen, 1937 um ein Drittel mehr als 1928. Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt, dass die „Grenzen die nunmehr einem weiteren Aufstieg der Erzeugung anscheinend gesetzt sind“ nicht mehr so in bezug auf die Versorgung mit Rohstoffen als in der Versorgung mit menschlichen Arbeitskräften bestünden. Der Arbeitermangel drängt also zu verstärkter Anwendung arbeitsparender Produktionsmethoden, aber „die daraus hervorgegangenen Entwürfe haben zurückgestellt werden müssen angesichts des andauernden Vorrangs von Rüstung, Vierjahresplan und Export bei der Arbeiter- und Investitionsgüterversorgung“. Die Investitionstätigkeit steigt, sie wird aber immer einseitiger in den Dienst der Kriegsvorbereitung gestellt, so sehr, dass zu ihren Gunsten dringende technische Aufgaben im privaten Sektor zurückgestellt, die Fort-

schritte in der Kriegswirtschaft durch Rückschritte auf anderen Gebieten aufgewogen und daher selbst immer problematischer werden.

Arbeitskräfte für den Krieg

Die Bevorzugung der Kriegsindustrie auf Kosten der zivilen Erzeugung kommt sehr deutlich in der Verteilung der Arbeitskräfte zum Ausdruck, die ja ebenso staatlich gelenkt wird wie die Verteilung der Rohstoffe. Die Zahl der in Industrie und Handwerk Beschäftigten ist in der Zeit von Mitte 1932 bis Mitte 1937 von 5,3 auf 9,9 Millionen, also um 88 Prozent gestiegen, aber bei den vornehmlich für die Aufrüstung beschäftigten Industrien liegt die Zunahme der Belegschaft weit über diesem Durchschnitt, bei den Verbrauchsindustrien mehr oder weniger weit darunter. Es vermehrte sich die Belegschaft bei der Eisen- und Metallgewinnung und Verarbeitung um 156, bei der Elektroindustrie, Feinmechanik, Optik um 159, Holzindustrie um 114, Baugewerbe einschliesslich Notstandsarbeiten um 213, chemische Industrie um 78 Prozent, dagegen bei der Textilindustrie nur um 41, beim Bekleidungs- und Lederindustrie um 23 Prozent, die Lederindustrie, die aber sehr stark durch die Aufrüstung belebt worden ist, kommt mit 84 Prozent der durchschnittlichen Zunahme der Beschäftigten nahe.

Von dem Zuwachs der Beschäftigten wurden allein von den vornehmlich für den Krieg eingespannten Industrien, Eisengewinnung, Eisenverarbeitung, Elektroindustrie, Optik und Mechanik, Chemische Industrie, Bau- und Holzgewerbe, 76 Prozent aufgenommen, also mehr als Dreiviertel. Dagegen entfielen auf die Textilindustrie 5,6 Bekleidungsindustrie 3,3, Lederindustrie 1, also zusammen nur etwa ein Zehntel aller Mehreingestellten.

Verbrauch und Rüstung

Die notwendige Produktion wird also immer mehr von der Kriegsproduktion verdrängt oder, mit anderen Worten, das Volk zugunsten der Aufrüstung verarmt. Daher der Verbrauchsgüter. Jene war im Oktober Erzeugung der Produktionsgüter und der Verbrauchsgüter. Jene war im Oktober 1937 um 32 Prozent, diese um nur 4 Prozent grösser als im Jahre 1928, das gleichfalls in eine Periode aufsteigender Konjunktur gefallen war. Dabei ist zu berücksichtigen, dass zwar nicht alle Produktionsgüter für die Rüstung bestimmt sind, aber erst recht nicht alles was die amtliche Statistik unter die Verbrauchsgüter registriert, für den zivilen Konsum bereitsteht. Aufschlussreich sind die Zahlen die die Entwicklung des Massenverbrauchs illustrieren. Es haben betragen die Roheinnahmen aus Lohn und Gehalt 1928 42,9, 1936 35,9 Milliarden, die Einzelhandelsumsätze 1928 36,2, 1936 27,8 Milliarden Mark. Die Geldsummen von Arbeitseinkommen und Verbrauch blieben also 1936 hinter dem Konjunkturjahr 1928 zurück, aber nicht im gleichen Masse das Realeinkommen, weil im Dritten Reich die Preise zwar gestiegen sind, aber das Niveau von 1928 noch nicht erreicht haben. Der amtliche Index der Lebenshaltungs-

kosten ist von 1928 bis 1936 von 151,7 auf 124,5 zurückgegangen, aber es ist ein offenes Geheimnis, dass dieser Index trügerisch ist. Für ihn gilt ungefähr das gleiche was in derselben Nummer der „Frankfurter Zeitung“ über den italienischen Lebenshaltungsindex gesagt ist, dass er nämlich „auf den vorgeschriebenen Höchstpreisen für viele Waren basiert, bei welchen die Differenzierung der Qualität den Erzeugern einen gewissen Spielraum lässt, sodass nur ein mehr oder weniger kleiner Teil der Verbraucher im Genuss der niedriggehaltenen Preise steht“. Aber auch wenn man den amtlichen Preisindex gelten liesse, ergäben die amtlichen Ziffern, dass die Einzelhandelsumsätze stärker gesunken sind als die Preise, nämlich jene um 25 Prozent, diese um nur 15 Prozent. Auch abgesehen von den Fehlern des amtlichen Index und von der indirekten Preissteigerung, die in der Streckung der Rohstoffvorräte durch Verschlechterung der Warenqualität liegt, bleibt der Verbrauch von 1936 hinter dem des Konjunkturjahres der Republik zurück. Die Steigerung der Produktion dient nicht der Verbesserung in der Versorgung des Volkes, sondern wird mit ihrer Verschlechterung erkauft.

Verschlechterung der Ernährung

Noch deutlicher zeigt das die folgende der „Frankfurter Zeitung“ entnommene Uebersicht über den Verbrauch wichtiger Lebensmittel in den Jahren 1928 und 1936. Es überrascht allerdings an diesen amtlichen Zahlen, denen wir zum Vergleich ihre Veränderung in Prozentzahlen beigelegt haben, dass im Jahre 1928 weniger Nahrungsmittel verbraucht worden sein sollen als zur Zeit des Nahrungsmittelmangels acht Jahre später. Aber auch mit dieser Einschränkung sind die Zahlen aufschlussreich. Darnach betrug der Verbrauch in tausend Tonnen von:

	Veränderung in %	
	1928	1936
Roggen- und Weizenmehl	7 980	7 299 plus 4,5
Kartoffeln	10 800	11 500 plus 6,5
Fleisch	2 914	2 928 plus 0,5
Schweinefett	539	549 plus 1,5
Milch (Mill. Ltr.)	25 022	28 827 plus 4
Zucker	1 481	1 613 plus 20
Südfrüchten	499	404 min. 18

Dabei ist die Bevölkerungszunahme zu berücksichtigen, die für diese neun Jahre auf etwa 4,5 Millionen, also auf 14 Prozent zu veranschlagen ist. Selbst wenn man die Herabsetzung des Nährwertes der Nahrungsmittel durch Verschlechterung ihrer Qualität nicht in Betracht zieht und wenn man davon absieht, dass zweifellos ein nicht geringer Teil dieses amtlich geschätzten „Verbrauchs“ als Kriegsration in Vorrat gehalten wird, bleibt die Zunahme des Verbrauchs weit hinter der Zunahme der Bevölkerung zurück. Der auf den einzelnen entfallende Anteil am Nahrungsmittelvorrat ist also erheblich kleiner geworden, und zwar gilt das nicht nur für die Zahlen von 1936, sondern auch für die voraussichtlich etwas höheren Ziffern des abgelaufenen Jahres.

Es wird im Dritten Reich nicht nur von der Rohstoff- und Arbeitskraftreserve gezehrt, sondern auch von der Entbehrungsreserve des deutschen Volkes. Auch sie ist nicht unerschöpflich, aber auch noch nicht erschöpft, weil das Regime über wirksame Mittel verfügt, mit schwindenden Rohstoffvorräten Haus zu halten und die wachsende Unzufriedenheit politisch nicht wirksam werden zu lassen.

G. A. F.

Niederländisch-Indien. Sie steht an Umfang nicht zurück hinter jener im holländischen Mutterlande, die der holländische Sozialdemokrat van der Goes van Naters in der holländischen Kammer wie folgt beurteilt hat:

„Im Jahre 1937, einem Jahr der Kammerwahlen, hat das deutsche aussenpolitische Amt der NSDAP durch den Fichtebund und andere Filialen mehr Propagandaschriften in Holland vertrieben, als die holländische Sozialdemokratie bei ihrer bestimmt nicht sparsamen Wahlpropaganda!“

Dem holländischen Kolonialministerium ist nahezu legen, dass es sich die täglichen Sendungen des Kurzwellensenders Berlin-Witzleben in holländischer Sprache nach Niederländisch-Indien anhört. Letzthin hörte man, wie der Sprecher im Berliner Sendehaus, ein Beamter des aussenpolitischen Amtes der NSDAP, erzählte, dass im Augenblick in den Schulen der deutschen Kolonie in Batavia, Soerabaja und Medan die „Gliederungen der SA, SS, HJ und NSF angetreten seien zum Appell“. Dann stieg eine schwungvolle Rede über die Pflichten der deutschen Parteigliederungen in den Kolonien!

Man darf in nächster Zeit einige Massnahmen der holländischen Regierung gegen diese Propaganda erwarten.

Dank an den Führer

In der bekannten amerikanischen Zeitschrift „New Republic“ veröffentlicht Bruce Bliven einen Artikel „Dank an Hitler“. Im Namen der amerikanischen Öffentlichkeit spricht er dem deutschen Kanzler und Führer innigen Dank dafür aus, dass auf seine Initiative hin Deutschland nun endlich begonnen habe, seine Schulden an die Vereinigten Staaten abzubezahlen... Deutschland bezahle zwar nicht in Bargeld, sondern in Persönlichkeiten. Eine grosse Anzahl führender Gelehrter, Künstler und Schriftsteller sei, nachdem man sie in Deutschland für „unerwünscht“ erklärt und aus Amt und Land gejagt hat, nach den USA gekommen. Leute wie Einstein, Max Reinhardt, Brüning, Toller, Rosenfeld — um nur ein paar Namen aufs Geratewohl herauszugreifen — leben heute in Amerika und wirken mit an der Vertiefung amerikanischen Kulturlebens. Man könne getrost für jeden dieser Vertriebenen mindestens 200 000 Dollar vom deutschen Schuldkonto abstreichen, meinte „New Republic“.

Das hat sich der Führer sicher nicht träumen lassen, dass er einmal als unfreiwilliger Heros der „Erfüllungspolitik“ von Amerika Dankestränen ernten würde.

Katholiken sollen frieren

Wir lesen im „Deutschen in Polen“:

Es ist Tradition in Oberschlesien, dass die Industrieverwaltungen nicht nur ihren Pensionären, sondern auch den Ortsarmen und vor allem den caritativen Anstalten ein Weihnachtsgeschenk in Form von Freikohle spenden. Die caritativen Anstalten in Deutsch-Oberschlesien, die auch heuer wieder mit Freikohle für ihre Häuser rechneten, erhielten zu ihrem Erstaunen von der Schlesischen Bergwerks- und Hüttenaktiengesellschaft in Beuthen das nachstehende Schreiben:

„Hinsichtlich Ihrer Anfrage wegen Bewilligung von Freikohle teilen wir mit, dass wir weitere Unterstützungen an katholischkirchliche Einrichtungen ablehnen müssen, da das Verhalten des Vatikans und anderer hoher geistlicher Würdenträger gegenüber dem deutschen Staatsoberhaupt und der deutschen Behörde ausschliessen.“

Schlesische Bergwerks- u. Hütten-AG. gez. Schlegel, gez. Grötschel.

Der Wortlaut des Schreibens lässt darauf schliessen, dass auf die Industrieverwaltungen in Deutsch-Oberschlesien ein behördlicher Druck ausgeübt wurde, dem sie in dieser Form nun entsprechen.

Das Wirtschaftsjahr 1937

Der Wirtschaftsablauf im Jahre 1937 ist einer der merkwürdigsten in der kapitalistischen Wirtschaftsgeschichte. Die Hochkonjunktur, die bereits 1936 in den meisten europäischen Industriestaaten herrschte, setzt zunächst ihren Anstieg, unterstützt durch die grossen staatlichen Aufwendungen für Rüstungszwecke, ununterbrochen fort. Die gute Konjunktur dehnt sich auf eine immer grössere Zahl von Ländern aus. Die Rohstoffgebiete sowohl in Südosteuropa, als in Uebersee, können nach der jahrelangen Absorption der riesigen Vorräte ihre Produkte zu steigenden Preisen absetzen und vermehrte Nachfrage nach Industrieerzeugnissen ausüben. Der Welthandel, bis dahin durch die unübersteigbar scheinenden Absperren gelähmt, nimmt wert- und mengenmässig zu und beginnt sich dem Höchststand von 1929 anzunähern. Sprach man so lange von der verschiedenartigen Entwicklung der „Binnenwirtschaften“, so kündigt sich jetzt trotz aller Autarkiebestrebungen der Diktatorstaaten, trotz der fortbestehenden Währungsunsicherheit und der Hemmungen des internationalen Handels, trotz der Zuspitzung der aussenpolitischen Situation, die *Wiederherstellung der Weltwirtschaft* an, an der die Länder mit freier Wirtschaft auf Kosten der Autarkiestaaten steigenden Anteil nehmen. Wie in der Vorkriegszeit scheint die ökonomische Entwicklung wieder gleichmässig in der ganzen Welt ihren Rhythmus zu entfalten, scheint sich die Macht der Wirtschaftsgesetze über alle Verschiedenheit der Politik hinweg durchzusetzen.

Von grösster Bedeutung wird der Anstieg der Konjunktur in den *Vereinigten Staaten*, der verspätet, aber umso intensiver einsetzt. Denn die Vereinigten Staaten sind bei weitem der wichtigste industrielle Produzent — man schätzt das Erzeugnis der amerikanischen Industrie auf 40 Prozent der gesamten Industrieproduktion der Erde — und zugleich der grösste Rohstoffverbraucher. Alle Anzeichen liessen darauf schliessen, dass in den wichtigsten Produktionszweigen das Niveau von 1929 erreicht, ja sogar übertroffen würde. Die Zahl der Beschäftigten, die nach dem Index des Bureau of Labor (1923 bis 1925 gleich 100) im Januar 1936 erst 87 betragen hatte, war im Januar 1937 auf 97 und im April auf 102 gestiegen. Gleichzeitig erhöhten sich die Lohnsummen von 74 auf 80 und 105, das heisst in Fünfvierteljahre war die Zahl der Beschäftigten um 17 Prozent, die Lohnsummen um 41 Prozent gestiegen.

Der rasche industrielle Aufschwung bewirkte ein *starkes Anziehen der Rohstoffpreise*, die im Frühjahr 1937 einen Höchststand erreichten. Weizen, der Ende 1932 einen Tiefstand von 44,88 cents in Chicago verzeichnete, notierte 1937 144,25 cents, eine Folge der Erschöpfung der Vorräte infolge schlechter Ernten und Anbaubeschränkungen, aber zum Teil auch wachsender Nachfrage. Amerikanische Baumwolle war von ihrem Tiefstand von 6 cents auf 15,25 gestiegen, Kupfer notierte in diesem Frühjahr in London 80,25 £ gegen 33,25 auf seinem tiefsten Punkt, und Kautschuk 13,44 pence gegen 2,50, um nur einige der repräsentativen agrarischen und industriellen Rohstoffpreisveränderungen anzuführen. Noch mehr als mengenmässig, nahm deshalb wertmässig die Ausfuhr der Rohstoffländer zu. Die vermehrten Deviseneingänge befestigten ihre Währungen, erlaubten in steigendem Masse Regulierung oder Rückzahlung ihrer ausländischen Schulden und führten zu einer weiteren Verringerung der internationalen Schuldenverpflichtungen. Der Industrieausbau, der in allen Rohstoffländern seit dem Kriege im Gange ist, wurde weiter gefördert und steigerte die Nachfrage nach europäischen und amerikanischen Maschinen und anderen Investitionsgütern.

Das Steigen der Rohstoffpreise gab auch den Preisen der Fertigwaren einen Auftrieb. Besorgnisse wurden laut, dass die Konjunktur sich einem Höhepunkt näherte und in einen wilden Boom ausarten werde, auf den eine Krise folgen müsse. Massnahmen die den Aufstieg

bremsen sollten, wurden erörtert. Anfang April hielt Roosevelt eine nachdrückliche Rede gegen die angeblich überhöhten Preise, und bald darauf verbreiteten sich die Gerüchte, dass die Vereinigten Staaten den Dollar aufwerten, d. h. den Goldpreis von 35 Dollar je Unze herabsetzen werden. Eine Angst vor dem Golde, aber auch vor anderen Sachwerten war die Folge. Die Spekulanten, die sich in Goldminen, aber auch an den Metallmärkten engagiert hatten, begannen zu verkaufen. Die Industrie, die während der steigenden Preise ihre Lagervorräte stark vermehrt hatte, stellte ihre Käufe ein. Die Rohstoffpreise sanken. Von seinem Höchststand ging Weizen um über 37 Prozent, Baumwolle um 45 Prozent zurück, wobei bei diesen Agrarrohstoffen auch der gute Ernteausschlag mitbestimmend war; aber auch Kupfer, Zinn, Zink, Blei und Kautschuk weisen Rückgänge von 40 bis 50 Prozent auf. Erst allmählich fand der „Goldschreck“ sein Ende. Doch hatte er neuerdings die Gefahren der Währungsunsicherheit gezeigt und die Börsen waren durch den Rückgang der Gold- und Rohstoffwerte erschüttert. Aber die Beschäftigung der Industrie blieb gut.

Im letzten Quartal des Jahres ändert sich plötzlich das Bild. In den Vereinigten Staaten verschärft sich der Börsenrückgang, der im Oktober an manchen Tagen zur Panik ausartet und die Kurse der Industriek Aktien etwa auf die Hälfte ihres Höchststandes zurückwirft. Dem Börsenrückgang folgt rasch ein ungemein heftiger Rückschlag in der industriellen Produktion. Der Index der Kapazitätsausnutzung der Stahlindustrie sinkt von fast 90 im August auf unter 20 im Dezember. Die Automobilindustrie, die im ersten Halbjahr Rekordziffern aufweist, legt in grossem Umfang Fabriken still und führt Kurzarbeit ein. In nur wenigen Monaten tritt in der amerikanischen Schwerindustrie ein Rückgang von einem Ausmass ein, zu dem sie nach 1929 Jahre gebraucht hat. Viel schneller auch, als bei früheren Krisen, pflanzt sich die rückläufige Bewegung von den industriellen Oststaaten nach dem Westen und dem Süden fort.

Dieser plötzliche *Ausbruch der amerikanischen Industriekrise* steht bisher in starkem Gegensatz zur Entwicklung in den anderen Industriestaaten. In *England* ist die Zahl der Beschäftigten mit 12,3 Millionen, um 2,4 Millionen mehr als 1932, auf einem vorher nie verzeichneten Höhepunkt, und die Eisen- und Stahlindustrie zeigt fast jeden Monat neue Höchstziffern. Der Stand von 1929 ist längst überholt. Der Index der Geschäftstätigkeit, der im Sommer 1929, also auf dem letzten Höhepunkt, 99 betrug, war im November 1937 auf 112 gestiegen. Im Laufe dieses Jahres konnten etwa fünf Millionen Industriearbeiter eine wöchentliche Lohnerhöhung von rund 723 000 Pfund (etwa 9 Millionen Reichsmark nominell aber in Kaufkraft

noch mehr) ohne nennenswerte Lohnkonflikte erreichen. Nach den langen Jahren ununterbrochener und sich steigender Prosperität machen sich allerdings Ermüdungserscheinungen geltend. Die Konsumindustrie, namentlich die Textilindustrie, zeigt verringerte Beschäftigung. Die private Wohnungsbau-tätigkeit, zu Beginn das Rückgrat der englischen Konjunktur, geht zurück und es bleibt fraglich, ob dieser Rückgang durch die öffentliche Bautätigkeit kompensiert werden wird. Im Dezember ist auch die Erwerbslosenziffer stärker als saisonüblich gestiegen. Aber von einem krisenhaften Rückschlag, wie in den Vereinigten Staaten, ist keine Rede und insbesondere die Schwerindustrie erwartet von den Rüstungsaufträgen, die in diesem Jahre noch höher sein werden als im vorhergegangenen, noch anhaltende Beschäftigung. Ähnliches wie von England kann von den anderen europäischen Industriestaaten ausgesagt werden. Auch in *Schweden* und *Norwegen*, in *Belgien*, *Holland* und der *Schweiz* zeigt sich in den letzten Monaten eine Verlangsamung des Beschäftigungsanstiegs. Die Hochspannung z. B. auf den internationalen Eisenmärkten ist gewichen und die Exportaufträge nehmen ab. Der Rückgang der Rohstoffpreise vermindert die Aufnahmefähigkeit der Rohstoffgebiete für Industriewaren, und der Welthandel zeigt wertmässig wieder eine Verringerung.

Trotzdem bleibt der Kontrast zwischen der plötzlich eingetretenen amerikanischen Industriekrise und den Verhältnissen in den anderen Industriestaaten sehr auffällig. Die Gleichmässigkeit der Entwicklung, die die erste Hälfte des Jahres 1937 charakterisierte, ist wieder geschwunden. Das zeigt aber deutlich, dass diese Gegensätzlichkeit nicht die Wirkung der gleichen wirtschaftlichen Gesetzmässigkeit, sondern der Verschiedenheit der Wirtschaftspolitik zuzuschreiben ist. In der Tat zeigt der amerikanische Wirtschaftsverlauf seit 1932 im Gegensatz zum englischen statt einer ununterbrochen ansteigenden, eine fortwährend auf und ab sich bewegende Linie. In den Vereinigten Staaten waren die Eingriffe in die Wirtschaftspolitik viel stärker, vor allem auch viel unberechenbarer als in England. Die englische Politik beschränkte sich auf ein Minimum. Dort war die Devaluation begleitet von der Herstellung des Budgetgleichgewichts, von einer strengen Finanzgebarung, die zunächst die Ausgaben stark beschränkte, echte Ueberschüsse erzielte und damit eine echte freiwillige Konversion der Staatsschuld und eine wesentliche Senkung des Zinsfusses ermöglichte. Entscheidender noch war der Uebergang zum Schutzzoll auf imperialem Massstab, der namentlich der englischen Investitionstätigkeit einen starken Auftrieb verlieh. Im übrigen aber nahm diese Politik

von staatlichen Massnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft Abstand.

Ganz anders in den Vereinigten Staaten. Dort zwang schon die Agrarkrise und die schwere Erschütterung des Bankwesens, von der England verschont geblieben ist, zu einschneidenderen Massnahmen. Den Farmern und den Arbeitslosen mussten kostspielige Unterstützungen gewährt werden und in einem ungeheuren Tempo erhöhte der Staat seine Ausgaben. Um rund 18 Milliarden Dollar ist in den letzten fünf Jahren die Staatsschuld der Vereinigten Staaten auf 37 Milliarden gewachsen. So wurde die amerikanische Konjunktur in ganz anderem Masse vom Staate abhängig als die englische. Die Subventionen und Unterstützungen führten zu einer raschen überproportionalen Ausdehnung der Konsumindustrien, während die Investitionsindustrien dahinter zurückblieben. Dieser Zustand verschlechterte sich noch, als Roosevelt so wichtigen Auftragsgebern der Investitionsindustrie wie den Eisenbahnen und den Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerken die Anpassung ihrer Tarife an die gestiegenen Produktionskosten verweigerte. Die Unsicherheit über die Gestaltung der Wirtschaftspolitik hält die grosse Industrie von neuen Investitionen zurück, und dieser „Streik des Kapitals“, wie Roosevelt ihn genannt, der zugleich einen Druck auf die Regierung ausüben soll, erklärt zum grossen Teil Plötzlichkeit und Ausmass der neuen Krise. Gerade, dass sie weniger wirtschaftlich als politisch bedingt ist, erschwert auch das Urteil über die weitere Entwicklung. Nur eines ist sicher: jene Bedingungen, die 1929 zu einer der schwersten und längsten Erschütterungen der Wirtschaft geführt haben, sind jetzt nicht vorhanden. Von einer Ueberspekulation kann weder auf den Waren- noch auf den Effektenmärkten die Rede sein. Die Kreditbeanspruchung der Industrie hat sich in sehr mässigen Grenzen gehalten und die Banken sind nach ihrer Reorganisation äusserst liquide. Nicht nur ist keine Ueberinvestition vorhanden, sondern es herrscht ein Zustand ausgesprochener Unterinvestition. Trotz zunehmenden Wohnungsmangels hat sich die Bautätigkeit noch nicht entwickelt. So fehlen die wesentlichen Anzeichen, die sonst eine schwere Wirtschaftskrise auslösen. Entschliesst sich die amerikanische Politik zu entsprechenden Massnahmen, welche die Kapitalinvestition fördern, so kann diese Krise rasch überwunden werden und die Weltwirtschaft einen neuen Aufschwung erhalten.

Wir haben in diesem notwendigerweise sehr summarischen Ueberblick über die deutschen Verhältnisse nicht gesprochen, denn die deutsche Wirtschaft steht nicht unter den gleichen Gesetzen. Sie bedarf daher einer besonderen Darstellung.

Dr. Richard KERN.

Fischwurst

Ueber die Herstellung von Würsten aus Fischfleisch berichtet die „Frankfurter Zeitung“:

Im Zusammenwirken der Erfahrungen eines Fachmannes für Würstchenherstellung und eines Fachmannes für Fischfleischverarbeitung zeigte sich, dass das Fischfleisch bei genau der gleichen Vorbehandlung wie Rind- oder Kalbfleisch auch ganz ähnlich in der Verarbeitung ist. Die Würstchen aus Fischfleisch erhalten vorläufig einen kleinen Zusatz von Rindfleisch, und zwar von etwa 10 Prozent, und durch Zusatz von etwas Tierblut wird ausserdem die gleiche schöne rosa Farbe erzielt. Die Preisverbilligung beträgt gegenüber entsprechenden anderen Wurstsorten etwa 33 Prozent. Inzwischen ist man auch daran gegangen, *Blut- und Leberwürste* herzustellen, ebenso Dampfurst nach Münchener Art und Jagdwurst. *Geräucherter Leberwurst wird beispielsweise aus 50 Prozent Fischfleisch und 50 Prozent Leberwurstmasse hergestellt*. Eine besondere Bedeutung erhofft man von der neuen Rotwurst, die zu 50 Prozent aus Fischfleischwürfeln, zu 10 Prozent aus Speckwürfeln und zu 40 Prozent aus Blut von Rindern oder Schweinen besteht. Hierbei ist es nicht nur gelungen, eine neue Verwendungsmöglichkeit für die Blutüberschüsse der Schlachthöfe zu finden, sondern die Preisverbilligung beträgt sogar 40 Prozent. Diese Wurst soll zum Verbraucherpreis von etwa 60 Pfennig für das hal-

be Kilo auf den Markt gebracht werden können.

Seit einiger Zeit erörtert das Gaststätten-gewerbe die Frage der Wiederverwendung von Lebensmitteln. Nach dem Lebensmittelgesetz dürfen verdorbene Lebensmittel nicht in den Verkehr gebracht werden. Als verdorben galt bisher nach der einen Ansicht jede Speise, die auf dem Tisch eines Gastes gestanden hat, auch dann, wenn sie der Gast mit seinem Essbesteck nicht berührt hat. Auf der anderen Seite wurde gesagt, dass nur solche Lebensmittel nicht wieder im Betrieb verwendet werden dürfen, die sich auf dem Teller des Gastes befunden haben oder auf andere Weise von ihm berührt worden sind. Die Wirtschaftsgruppe „Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe“ hat jetzt eine Klärung herbeigeführt. Wie der Leiter der Wirtschaftsgruppe, Fritz Dresen, schreibt, bedarf es keiner Hervorhebung, dass der Gastwirt verpflichtet ist, der hygienischen Zubereitung grösstmögliche Sorgfalt zu widmen. Er ist jedoch der Ansicht, dass Speisen auch im Sinne des Lebensmittelgesetzes nicht schon dann verdorben sind, wenn sie schon einmal einem Gast angeboten worden sind, sondern erst dann, wenn dieser sie mit seinem Essbesteck berührt oder davon gegessen hat. In Zusammenarbeit mit allen beteiligten Stellen sind Richtlinien für die Wiederverwertung von Lebensmitteln in Gaststätten ausgearbeitet worden. Sie sind vom Reichsgesundheitsamt und den zuständigen Ministerien gebilligt worden und sollen

nach endgültiger Formulierung der Einzelheiten im Januar bekanntgegeben werden. An Beispielen wird dargestellt, wann die Wiederverwendung von Lebensmitteln zulässig ist und wann nicht. Dabei ist folgender Grundsatz aufgestellt worden: Was bei jedem natürlich empfindenden Menschen Ekel erregen würde, wenn er den wahren Herstellungsgang erführe, ist verdorben. *Den Ansprüchen überempfindlicher Menschen braucht dagegen nicht Rechnung getragen zu werden, weil dies zu einer unnötigen Verschwendung wertvoller Lebensmittel führen würde*. Die Wirtschaftsgruppe wird die Wiederverwendung von Lebensmitteln, wie sie sich aus den Beispielen der Richtlinien ergibt, als handelsüblich erklären.

Dachersatz

Alle Besitzer oder Pächter von Wasserflächen mit Schilfrohrbeständen werden in diesem Jahr erstmalig dazu angehalten, ihre Rohrhalm restlos zu ernten und der Wirtschaft zuzuführen. Nachdem imprägnierte Rohrdeckung als weiche Bedachung auch in Grossstädten, wie Berlin, *baupolizeilich wieder zugelassen* wurde und so manches Einzelhaus, aber auch Nebenanlagen der Grosssiedlungen wie Müllhäuschen, Gartenhäuschen und Spielplatzüberdachungen in althergebrachter Rohrdeckung an uralte bodenständige Bauweise anknüpfend, jetzt auch im Stadtbild wieder erscheinen, steigt der Rohrbedarf erheblich.

Kriegsschauplatz Innerdeutschland

Aus Berichten der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der Schrecken, den das nationalsozialistische Regime in seinen Anfangstagen verbreitete, diente dazu, das deutsche Volk zu entmündigen. Seit her ist dieser Schrecken stabilisiert und organisiert worden. Die Gewalt wütet weiter, aber ihre Aufgabe hat sich gewandelt. Nun die Entmündigung vollzogen ist, gilt es, das Volk in dem Zustand der Recht- und Willenslosigkeit zu erhalten und es womöglich seine einstige Freiheit vergessen zu machen. Die bis ins kleinste ausgeklügelten Ueberwachungs- und Strafmaßnahmen, durch die jede selbständige Regung im Keime erstickt werden soll, verursachen weniger Lärm als der wilde Ueberfall in den Tagen des Staatsstreichs. Das Ausland, das 1933 beim Anblick der blutigen Grausamkeiten erschauerte und heftig protestierte, hat sich an den deutschen Terror als Dauerzustand gewöhnt. Die sorgsam beobachtete Lautlosigkeit scheint ihren Zweck erreicht zu haben. Die Welt hört nur noch, was sie hören soll: Propagandareden und Triumphgesänge. Die Vorgänge sichtbar zu machen, die sich hinter den Kulissen vollziehen, ist eine — und nicht die unwichtigste — Aufgabe der deutschen Emigration. Um sie zu erfüllen, bedarf es dauernder Verbindung mit den in Deutschland lebenden Menschen, bedarf es der Fühlungnahme mit allen Kreisen der Bevölkerung.

Die Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands veröffentlichen in ihrer letzten Ausgabe (Nr. 11, 4. Jahrgang) einen Ueberblick über die nationalsozialistischen Terrormaßnahmen der vergangenen Monate. Die Schilderungen aus allen Teilen des Reiches lassen klar erkennen, worum es im Augenblick geht. Der Grad der Volksentmündigung könnte den Diktatoren vielleicht für sogenannte normale Zeiten genügen. Aber sie sehen einen Gefahrenpunkt. Wie verhält sich eine mit allen Mitteln der Einschüchterung und Brutalisierung niedergehaltene Masse im Kriegsfall? Sie wissen es nicht. Und diese Ungewissheit treibt sie dazu, eine Art ständiger Generalprobe zu veranstalten, d. h. Deutschland schon heute in den Belagerungszustand zu versetzen. Das Regime vernichtet deshalb nicht nur erbarmungslos die überführten oder angeblich überführten Hochverräter, sondern lässt auch jene Männer für unbegrenzte Zeit in „Schutzhaft“ nehmen, die zwar keinen Anlass zur Strafverfolgung gegeben haben, die aber aus der Vergangenheit als Antifaschisten bekannt sind und in der Zukunft als Führer der Opposition in Frage kommen könnten.

Es sind drei Gebiete des Terrors zu unterscheiden. Der Terror gegen die illegale Opposition, der bei der Gestapo zentralisiert ist und an dem Gerichte, Strafvollzugsbehörden, SS und SA als ausführende Organe mitwirken, richtet sich gegen alle Gruppen, gleichgültig ob politischer oder religiöser Natur, die „heimlich“, dass heisst unter Vermeidung ständiger Polizei- und Parteiaufsicht, gegründet und aufrecht erhalten werden. Es bedarf keiner umstürzlerischen Absichten. Als „staatsfeindlich“ gilt schon der Versuch, sich ausserhalb der nationalsozialistischen Organisationen zu einem Meinungsaustausch zusammenzufinden. — Der allgemeine Terror trifft jeden Einzelnen in der Bevölkerung. Er dringt in die Familien ein, wo Kinder ihre Eltern bespitzeln, um jedes unbedachte Wort zu denunzieren, er ist in den Gaststätten und Versammlungslokalen fühlbar, in denen Agents provocateurs ihre Hässcherdienste verrichten, er umlauert die Lebensmittelgeschäfte, die bei dem herrschenden Mangel häufig zu Stätten der „Meckerei“ werden, er erschwert den Grenzverkehr und verbittert jede private Geelligkeit. Eine

besondere Rolle spielt endlich der Terror gegen die Juden, der heute, da der wirtschaftliche Einfluss der jüdischen Bevölkerungsschicht nicht mehr ins Gewicht fällt, nur noch der Ablenkung aufgespeicherter Hassgefühle dient, die dem Regime selbst leicht unbequem werden könnten.

Der Terror gegen die illegale Opposition

Wie alltäglich in Deutschland die Hinrichtungen geworden sind, lehrt der folgende Bericht aus Berlin, den wir wie alle nachfolgenden Zitate den „Deutschland-Berichten“ entnehmen: „Ich habe mit einem Scharfrichter gesprochen. Er erzählte, dass er und seine Kollegen jetzt vom Staat eine feste Anstellung erhalten haben. Es fänden täglich Exekutionen statt, man arbeite deshalb seit kurzer Zeit nicht mehr mit dem Hand, sondern mit dem Fallbeil. An einem einzigen Tage in der dritten Juniwoche wurden allein in Köln vier Hinrichtungen vollzogen. Die meisten Todesurteile, so erzählte er mir, würden wegen Spionage gefällt, und zwar nach einem sehr kurzen, ober-

stellen wurden noch acht Strohmattizen auf den Fussboden gelegt.“

Die Lebensmittelnot, die der ganzen deutschen Bevölkerung vielerlei Entbehrungen auferlegt, ist in den Strafanstalten zu einer ersten Gefahr für Gesundheit und Leben der Gefangenen geworden. Die Eigenversorgung spielt — vor allem bei den politischen Häftlingen — kaum eine Rolle, und wie die Gefangenenkost aussieht, zeigen die folgenden Schilderungen:

„Während in der ersten Zeit die Verpflegung (in einem sächsischen Zuchthaus) erträglich war, wurde sie später von Jahr zu Jahr schlechter. Reines Fett gab es zuletzt überhaupt nicht mehr. Das Fett, das wir bekamen, schien mit Fischtran gemischt worden zu sein. Fünfmal in der Woche gab es Marmelade. Fleisch war eine Seltenheit...“

„Die Verpflegung im Gefängnis Bautzen ist unzureichend. Während meiner Haft wurde sie von Monat zu Monat schlechter. Das Mittagessen ist fettlos und nicht selten höchst unsauber zubereitet. Die Qualität des Brotes verringerte sich in den letzten Monaten. Im Juli war es fast aus blanker Kleie und Maismehl, es war klebrig, von

Spazierganges erstmalig 3 Tage und im Wiederholungsfall 8 Tage. 28 Tage Bunker erhielt ein Gefangener, weil er seine Frau, die ihn besuchte, zum Abschied küsste. In diesen 28 Tagen nahm der Gefangene 22 Pfund ab und musste nach Verbüssung der Strafe sofort in ärztliche Behandlung genommen werden... Die unteren Beamten, besonders die neuereinstellten, schikanieren die Gefangenen und schlagen sie in der Zelle. Die Prügelstrafe ist das „Erziehungsmittel“, mit dem die Politischen für das Dritte Reich gewonnen werden sollen. Geprügelt wird mit Rohrstöcken und Ochsenziemern. Die Prügelstrafe kann auch offiziell verhängt werden... Die Schreie der im Keller Geschlagenen sind oft in den Zellen zu hören.“

Ein Häftling aus dem Untersuchungsgefängnis Breslau erzählt:

„Der Direktor beschimpft die Gefangenen, die ihm vorgeführt werden, in den gemeinsten Ausdrücken: „Strolch, Schuft, Landesverräter, Judenschwein, Marxistensau“. Die Wachmannschaften befehligen sich des gleichen Tones. Aber sie tun mehr. Sie schlagen bei jeder Gelegenheit rücksichtslos mit dem Gummiknüppel drein. Die Hilfswachtmeister Winkler und Winzek benutzen sogar ihr Seitengewehr als Prügelinstrument. Der Hilfswachtmeister Reiner tritt die Gefangenen mit seinen schweren SA-Stiefeln in Leib und Rücken.“

Die politischen Häftlinge werden in allen Gefängnissen schlechter behandelt als die Kriminellen. Vor allem sind sie von der Aussenarbeit ausgeschlossen, die in der Eintönigkeit des Gefängnislebens eine Erleichterung bedeutet. Viele von ihnen werden nach Verbüssung ihrer Strafe in ein Konzentrationslager geschafft und dort nach Willkür auf unbestimmte Zeit festgehalten.

Der allgemeine Terror

Die Grenzkontrolle ist im Laufe der Zeit derart verschärft worden, dass die Grenzbevölkerung das Gefühl hat, in einer Art Kriegszustand zu leben. Besonderes Aufsehen erregt der Bau von „Zollhäusern“, die rund um Deutschland, hart an der Grenzlinie und in grosser Zahl, errichtet werden. Sie haben betonierte Keller, kasernenartige Räume und sind offensichtlich für militärische Zwecke bestimmt.

Der Grenzverkehr wird durch Pass- und Zollschikanen in jeder Weise erschwert. Aus Südwestdeutschland wird den „Deutschland-Berichten“ geschrieben:

„Aus Bobenthal wurde gemeldet, es gäbe in der dortigen Gegend keine Grenzgänger mehr. Alle hätten in Deutschland Arbeit finden können. In Wirklichkeit wurde diesen Leuten die Grenzkarte zwangsweise entzogen, so dass sie ihre lohnende Arbeit im Elsass aufgeben mussten und jetzt gezwungen sind, sich unter schimpflichen Bedingungen ins rechtsrheinische Gebiet zu verfrachten zu lassen... Seit etwa einem Jahr ist der Ausflugsverkehr nach Strassbourg vollständig stillgelegt.“

Viele Ausländer wundern sich noch immer darüber, dass sie von deutschen Reisenden auf allerlei Fragen recht einsilbige Antworten zu bekommen pflegen. Der folgende Bericht aus Mitteldeutschland macht diese Einsilbigkeit vielleicht begreiflicher:

„Ein Angestellter aus der Stadt X., der zur Pariser Weltausstellung fahren wollte, hatte sich auf ein Inserat bei einem Pariser Quartiergeber angemeldet. Er wurde dort auch aufgenommen und bei der Ankunft sofort von einem anderen Deutschen begrüsst, der behauptete, beim Bau des Pavillons tätig gewesen zu sein. Dieser andere Deutsche stellte sich als Führer zur Verfügung und hatte es sehr eilig, zu erfahren, wo der Angestellte beschäftigt sei, was für französische Bekannte er habe usw. Da der Angestellte perfekt französisch spricht, brauchte er den Führer nicht und konnte sich der aufdringlichen Begleitung entziehen. Umso erstaunter war er, als er nach seiner Rückkehr aus Paris den Besuch eines Gestapobeamten erhielt, der sich nach seinem Umgang mit Emigranten erkundigte. Er sei beobachtet worden, als er die „Pariser Tageszeitung“ gelesen habe. Der Mann, der in einem kriegswichtigen Betrieb angestellt war, erhielt nach der Pariser Reise die Kündigung.“

Das Bedienungspersonal in den Deutschen Gaststätten wird von der Gestapo zur Angeberei gezwungen und erhält für

Der Flüchtling

Die deutsche Sprache ist emigriert, was zurückblieb — Gekreisch und Gebelle, ein jeder Satz ist mit Schminke besmiert und trägt an der Kappe die Schelle.

Die Wahrheit flüstert, die Lüge brüllt, und der Sinn, der den Worten sonst eigen, ist tausendfältig in Unsinn gehüllt. In Deutschland heisst deutsch sprechen — schweigen.

Die deutsche Sprache ist emigriert, ihr nach hetzen drohend die Schergen. Sie irrt durch Europa und hungert und friert — wagt keiner den Flüchtling zu bergen.

Sie hat dereinst ihre Schätze verstreut, und sie wurden mit Jubel empfangen. Der Faust, der Don Carlos, der Nathan sind heut in den Wellbesitz übergegangen.

Die deutsche Sprache ist emigriert, will nichts als die Wahrheit bekennen, doch die sie im Reichtum umschwirrt und hofiert, die wagen sie kaum noch zu nennen.

Es kommt der Tag, der sie wieder befreit, sie wird in der Not nicht verderben. Die deutsche Sprache hat, tausend Jahr Zeit — nur Führer und Könige sterben.

A. Lindhorst.

flüchtlichen Verfahren. Die Öffentlichkeit werde von den meisten Fällen gar nicht unterrichtet... Besonders auffallend sei die hohe Zahl der verurteilten Flugzeugkonstruktoren und Techniker. — Der Scharfrichter lehnte es brüsk ab, sich über die Hinrichtung sogenannter Staatsfeinde und Hochverräter zu äussern. Er sagte nur, politische Todesurteile und ihre Vollstreckung würden fast immer bekanntgegeben.“

Ebenso fieberhaft wie der Henker arbeiten Polizei und Gerichte. Die Ueberfüllung aller Strafanstalten hat derart katastrophale Formen angenommen, dass allerorten Erweiterungs- und Neubauten vorgenommen werden müssen. So wird z. B. bei Gotha in Thüringen ein neues Konzentrationslager für achttausend Gefangene errichtet, das den Namen Buchenwald erhalten hat. Beim Aufbau dieses Lagers sind 300 Häftlinge aus dem Konzentrationslager Lichtenburg beschäftigt.

Entlassene Gefangene berichten aus Bayern:

„In ganz Bayern sind die Strafanstalten überfüllt, und es erfolgen immer neue Verhaftungen. Im Weidener Landgerichtsgefängnis werden Zellen, die für zwei Gefangene bestimmt sind, mit sechs Mann belegt. Im Nürnberger Zellengefängnis müssen viele Häftlinge auf den Gängen liegen.“

Und aus Werl in Westfalen: „Ich lag in einem Raume, der für vier Personen berechnet, aber mit zwölf Mann belegt war. Zu den vier vorhandenen Bett-

ganz dunkler Farbe und erzeugte oft Magenbeschwerden...“

„Das Essen im Untersuchungsgefängnis Breslau ist schlecht. Drei- bis viermal in der Woche gibt es Graupen in Wasser gekocht, sonst Mehl- und Haferflockensuppen. Als Abendbrot wird meistens trockenes Brot und sogenannter Kaffee verabreicht, Sonntags bisweilen ein Harzerkäse oder für zwei Mann ein Hering...“

„Im Gerichtsgefängnis Erfurt war das Essen besonders schlecht. Es gab früh ein Stück Brot und „Kaffee“, Mittags einen Liter Suppe mit Erbsen, Bohnen oder Linsen und etwa zwei Karoffeln darin und abends wieder Suppe. Die Suppen wurden von uns Einlaufsuppen genannt und konnten, da sie fast nur aus Wasser bestanden, getrunken werden...“

„Schwere Erkrankungen sind die Folge der körperlichen Schwächung. Erkrankungen, die bei der mangelhaften Pflege häufig zu Todesfällen führen.“

Die älteren Gerichtsbeamten, die aus der Vorhillerzeit übernommen wurden, benehmen sich den Gefangenen gegenüber in den meisten Fällen korrekt. Sie werden aber immer mehr von neu eingestellten SA- und SS-Leuten verdrängt, mit denen der berüchtigte Konzentrationslagergeist auch in die Gefängnisse einzieht. Im Gefängnis Bautzen z. B. kommt es fast täglich zu Misshandlungen:

„Bunker gibt es bei den geringsten Verstössen, z. B. für Sprechen während des

jede Denunziation eine Belohnung. Keller, die sich zu solchen Diensten nicht hergehen wollen, müssen gewärtigen, selbst in Haft genommen zu werden, denn unter den „meckernden“ Gsten befinden sich häufig Agents provocateurs. In manchen Gegenden Deutschlands gehen Händler von Haus zu Haus, die mit den Bewohnern politische Gespräche anknüpfen und unbedachte Äußerungen herausfordern. Diese Händler sind bezahlte Gestapoagenten.

Eine Verschärfung des Terrors hat natürlich der Lebensmittelmangel mit sich gebracht, der vor allem die Frauen zu heftiger Kritik veranlasst. Ein typischer Fall, der sich in Sachsen ereignete:

„Eine Frau aus Z., die schon öfters kein Schweinefleisch und Schweinefett erhalten hatte, sagte zu dem Ladeninhaber: „Das kann doch nicht mit rechten Dingen zugehen. Warum wird denn nicht die Fleischkarte eingeführt, da bekäme jeder wenigstens sein Quantum und nicht der eine alles und der andere nichts.“ Die Frau wurde noch am gleichen Tage verhaftet und nach dem Polizeipräsidium gebracht. Ihr Mann, ein Fabrikarbeiter, ging zum Polizeipräsidium, um sich zu erkundigen, was mit seiner Frau geschehen sei. Er erhielt vom zuständigen Beamten zur Antwort, dass seine Frau entlassen würde, wenn die Fleischkarten zur Einführung kämen. Der Mann musste seine drei schnupflichten Kinder nun tagsüber Nachbarnleuten zur Betreuung übergeben. Als ich ihn sieben Wochen nach der Verhaftung seiner Frau traf, war die Freilassung noch nicht erfolgt.“

Trotz dieser Einschüchterungsmassnahmen äussert sich — wie alle objektiven Beobachter feststellen — der Unwille der Bevölkerung immer lauter und heftiger.

Der Terror gegen Juden

Für die Mehrzahl der deutschen Juden wird es immer schwerer, auch nur den nötigsten Lebensunterhalt zu verdienen, die Verdrängung aus allen Berufen nimmt ihren Fortgang. Im November meldete der Reichsapothekerführer Schmierer, dass der Apothekerstand nunmehr „judenfrei“ ist. Mehr als 400 jüdische Apotheken seien „in arischen Besitz überführt worden“. Seit August müssen sich die jüdischen Buchverleger und Buchhändler auf den Vertrieb jüdischer Literatur an einen ausschliesslich jüdischen Abnehmerkreis beschränken. Unternehmen des jüdischen Buchhandels müssen auf ihrer Firmenbezeichnung, die in Augenhöhe anzubringen; Ladengeschäfte haben anzubringen; Ladengeschäfte haben hinzuzufügen: „Verkauf erfolgt nur an Juden gegen Ausweis“. Leihbüchereien dürfen von Juden überhaupt nicht mehr unterhalten werden. — Der Reichspropagandaminister hat allen jüdischen Geschäften den Verkauf des sogenannten „Volksempfängers“, eines besonders billigen Radiogerätes, sowie seiner Bestandteile verboten.

Caliban

Die Renaissance des Primitiven

Ueber die Entfesselung des Menschen durch die Maschine, über die seelische Unterernährung des Individuums im Zeitalter des Rationalismus ist schon lange vor Mussoini und Hiller geredet und geschrieben worden. Daher nach der Jahrhundertwende der läbe Anstieg der Freiluftkultur mit ihrem Zurück zur Natur, im Bereich der Politik und einer kraftmeierischen Pseudophilosophie wurde daraus ein: Zurück zur „wahren menschlichen Natur“, zurück zur Primitivität, zurück zum Mythos von Blut und Erde. Hier wurzelt die sozusagen Philosophie des Faschismus aller Farben und Grade.

Im Verlag Franz Leo und Comp. (Wien, Amsterdam, Leipzig) ist ein interessantes Buch erschienen, das diesen Wurzeln nachspürt. „Narren und Apostel“, heisst es. Der Verfasser Hans Ruin ist ein schwedischer Sozialphilosoph und Dichter in einem, Demokrat mit Neigung zur Mystik. Das Buch enthält auf zweihundert Seiten die Eindrücke einiger Europafahrten, die sich bis ins Jahr 1934 erstrecken und zuerst in schwedischen Blättern erschienen. Diese Aufsätze bestehen nicht nur durch Form und Farbe, sondern müssen die Zeitgenossen vor allem auch deshalb interessieren, weil sich hier ein von der Mystik des Nordens Berührter mit der Mystik moderner Diktaturen auseinandersetzt und dabei den Willen zu höchster Objektivität bekundet.

Ruins Betrachtungen gehen aus von der „Neigung unserer Zeit zum Naturgebundenen, zum Primären und Unmittelbaren und

Lohnzahlung in Oel

Aus Westdeutschland schreibt man uns: Die Bevölkerung klagt allerorts über die grösser und grösser werdenden Schwierigkeiten. Aber man hat sich bereits z. B. an den Eiermangel, den Fettmangel usw. gewöhnt. Je länger die Knappheit dauert, desto mehr wird die frühere Zeit vergessen. Das muss eben so sein und es ist ja nun zum Teil schon jahrelang so; da kann man eben nichts machen! Vergleiche mit anderen Ländern fehlen ja, und die Zeitungen berichten nicht, dass es in anderen Ländern besser geht, im Gegenteil, viele glauben an den Schwindel der deutschen Presse, dass es in den Ländern der Demokratie wirtschaftlich drunter und drüber ginge.

Höchstens wird die Bevölkerung jetzt mal wieder aufmerksam auf die deutsche Lebensmittelknappheit, weil mit dem Beginn des neuen Jahres ein neues System der Fettverteilung Platz greift. Die Kontrolle ist weitaus strenger. Bisher konnte noch gemogelt werden. Das wird zukünftig unmöglich gemacht, weil in vielen Orten z. B. der Butterlieferant und der Fettlieferant die neuen Kundenlisten nicht an den Kunden ausgeben, sondern behalten und lediglich die jeweiligen Abschnitte entfernen bzw. den Vermerk in den Listen machen. Ausserdem hat inzwischen eine ganz genaue Siebung der Fettbezieher stattgefunden, indem die Listen der Familienangehörigen, die Anspruch auf Versorgung mit Fett haben, unter Kontrolle des Hausbesitzers oder eines ernannten Einsammlers der Listen gestellt

Neben diesen Reichsmassnahmen werden in jedem Landesteil, oft auch in einzelnen Orten, noch besonders antijüdische Vorschriften erlassen. So ist z. B. der jüdische Weinhandel in der Pfalz vollkommen lahmgelegt worden. In verschiedenen deutschen Bezirken entzieht man jüdischen Handelsvertretern und Hausierern den Gewerbeschein, so dass sie brotlos werden.

Neben dem direkten Angriff auf die jüdischen Erwerbsunternehmen spielt die Anprangerung, Verfolgung und Bestrafung der Arier eine Rolle, die mit Juden geschäftlich oder privat verkehren. Der „Stürmer“ bringt lange Adressenlisten solcher „artvergessener“ Sünder und liefert so den Beweis, dass die jahrelange antisemitische Hetze bei weitem nicht den gewünschten Erfolg erzielt hat. Die Karikaturen des Streicherblattes, die an Unflätigkeit kaum mehr zu überbieten sind, werden in vielen Schulen als „Anschauungsmaterial“ im Unterricht verwendet. Im November ist in München eine Ausstellung „Der ewige Jude“ eröffnet worden. Sie dient, wie offiziell bekanntgegeben wurde, dem Zweck, „das schädliche Wirken des Judentums in der ganzen Welt zu veranschaulichen“. Zu der Abteilung „Moralische Verkommenheit der Juden“ werden nur Erwachsene zugelassen. Um eine grosse Besucherzahl zu erreichen, werden aus allen Teilen des Reiches Gemeinschaftsfahrten zur Besichtigung der Ausstellung unternommen.

dem, was aus den Urtiefen der Natur emporsteigt...“ Die Gegner des Realismus suchen das Absolute; das Wort Anmaltät (und Dynamik) wird ihnen zur Lösung „Gebt der Natur freien Spielraum — so lautet ihr Rat — und ein freieres gesünderes Geschlecht wird heranwachsen!“ Von der Psychoanalyse übernahm eine pseudophilosophische Schule das Leitmotiv: Das Unbewusste weiss alles!

„Die starken, unverhüllten, durch nichts gezügelten Instinkte sind es, die in unseren Tagen Geschichte machen oder zu machen beanspruchen... Das Bestreben, die Beweggründe und Handlungen der Menschen zu verstehen, Gesichtspunkte gegeneinander abzuwägen, einer Sache verschiedene Seiten abzugewinnen, gilt als Zeichen persönlicher Weichlichkeit und Schwächlichkeit, oder, wie man es wohlwollender ausgedrückt hat, weifremder Stubengelehrsamkeit...“

Hinter alledem sieht Ruin als Ursache in erster Linie „den grossen saugenden leeren Raum, den Mangel an Werten, die das Herz erwärmen und das Gefühl beteben können“. Daraus machen Animal-Philosophen „den Lobgesang auf das Blut“. Nicht nur in Deutschland, sondern auch in romanischen Ländern. Als radikaler zeitgenössischer Fahnenträger dieser Strömung darf ein Auchphilosoph gelten, den Hans Ruin überschätzt und mit seiner unklaren Terminologie von der ernsten Philosophie nicht ernst genommen wird: Ludwig Klages. In seinen Werken beschuldigt er den „Fortschritt“, ein Verächter des Lebens zu sein. Fortschritt bedeute Macht-Zuwachs des Menschen und werde mit Wert-Zuwachs verwechselt. Der „Geist“ mitsamt seiner Mo-

urden. Es war nicht möglich, dass der Haushaltungsverband selber die Liste an den von der Stadt bestimmten Vertrauensmann abgeben konnte, in jedem Fall gab es eine Mittelsperson. So war für eine genaue Kontrolle gesorgt. Uebrigens gibt es ab Januar 1938 im Westen nur 200 gr. Fett pro Kopf und Woche.

Aus Aachen wird mitgeteilt, dass die Knopffabrik Ferdinand Schmetz, die wahrscheinlich Geschäftsverbindung nach Franco-Spanien hat, auf je 10 Reichsmark Lohn einen Liter Olivenöl im Werte von Reichsmark 2,00 gibt. Der Lohnempfänger erhält also Reichsmark 7,40 in bar und 2,00 in Oel.

Der Prasser

In einem „Frühstück so oder so“ überschriebenen Artikel regt sich die „Preussische Zeitung“ (Nr. 352) über einen Herrn auf, der sich im Speisewagen zum ersten Frühstück dreimal Butter bestellt. Zwar betont der Kritiker ausdrücklich, dass „die Butter durchaus nicht mehr knapp ist, wie es die Umstellung auf die Eigenherzeugung in Deutschland einmal für kurze Zeit mit sich brachte“. Aber er fügt hinzu, diese Zeit sollte jeden „zu einer allgemeinen Mässigung erziehen haben.“

Das mit der Butter könnte immerhin noch verziehen werden. Jedoch was nun folgt, lässt die Zeitung in die Worte ausbrechen:

„Unverständlich ist aber die Einstellung, die der genannte Zeitgenosse sel-

Bei den Rassenschande-Urteilen werden jetzt in den weitaus meisten Fällen Zuchthausstrafen verhängt. Die Deutschland-Berichte veröffentlichten eine Zusammenstellung der seit August 1937 bekannt gewordenen Urteile. Gegen sechzehn „Rassenschänder“ wurden in diesem Zeitraum insgesamt 48 Jahre, 11 Monate Zuchthaus und 4 Jahre, 9 Monate Gefängnis verhängt. Dabei ist zu beachten, dass die Liste durchaus unvollständig ist und sein muss, weil über zahlreiche Prozesse dieser Art nur in der lokalen Presse berichtet wird.

Wir geben auszugswise zwei Berichte aus Bayern wieder:

1. Bericht: „In München leben zur Zeit noch 7500 Juden, die alle Auslandsperre haben. In Sonderfällen werden befristete Ausreisewilligungen erteilt, aber dabei werden solche Schwierigkeiten gemacht, dass die Sperre fast lückenlos gilt. Die Existenzmöglichkeiten der Juden werden systematisch zerstört. Unter den Intelligenzberufen sind hier in München die Aerzte sehr schwer betroffen. Meist verdienen sie nicht mehr so viel, um ihren Lebensbedarf bestreiten zu können. Diejenigen, die ihre ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen, sind gewöhnlich nicht krankenversichert oder geben, abgesehen von der Versicherung, auf ihre eignen Kosten zu dem langjährig vertrauten jüdischen Arzt, dem sie in Teilbeträgen das Honorar abstaten...“

2. Bericht: „Für Familien, in denen nur ein Elternteil jüdischer Abstammung ist und deren Kinder als „Mischlinge“ registriert werden, gelten zwar grosse Teile der Nürnberger Gesetze nicht, aber man lässt die Kinder bei jeder Gelegenheit fühlen,

ral und Ethik ist nach Klages der grosse Todbringer, der kategorische Verneiner der Vitalität und damit des Lebens. Klages greift auf Nietzsche zurück und bezeichnet das Gewissen als Kennzeichen des „Sklavenmenschen“. Und dieser Sklave entstehe immer durch „Rassenmischung und Blutverschlechterung“. Aus diesen verquollenen Gedankengängen haben Klages Jünger und politische Kostgänger ihr Weltbild und ihre Schlagworte geformt: Blut und Boden, romantische Naturmystik, Rassenmystik, Duxbrüderschaft mit dem Tier. Daher Verachtung des Intellektes, politischer Wunderglaube, Anbetung des Instinkts und der Eingebung, der Brutalität und des „Dynamischen“. Hitler selbst erschien dem nordischen Betrachter als Mystiker, der an Offenbarungen glaubt. Ein Klages-Jünger, Johannes Müller, den der nordische Humanist aufsuchte und der heute zur völkischen Opposition gehört, war überzeugt, dass Hitler erwähltes Werkzeug eines Gottes sei und legte dem Besucher ein Zeugnis ab, das festgehalten werden soll:

„Aus Gottes Hand empfängt er, was er zu tun und zu sagen hat. Dass Hitler so sein kann, lediglich ein Organ für so gewaltige Kräfte, beruht sicher auf seiner Unwissenheit. Nichts schiebt sich verwerrend zwischen ihn und den, aus dessen Hand er empfängt. Hitler lebt nur von dem, was ihm eingegeben wird, nicht von dem, was er denkt.“

Die Unwissenheit als Antenne des Nazigoites! Es ist der Gott des 30. Juni und der Konzentrationslager.

Hans Ruins sozialphilosophische Reportage bleibt dem animalischen Irrationalismus die Antwort nicht schuldig; sie fällt

nen Brötchen gegenüber zeigte. Man kann es wohl kaum als gut erzogen oder auch nur üblich bezeichnen, wenn jemand seine Frühstücksbrötchen aushöhlt und das weiche Innere angeekelt beiseite schiebt. Dies nämlich tat der liebe Zeitgenosse im Speisewagen. Die Parole „Kampf dem Verderb!“ schien noch nicht ganz in sein Bewusstsein eingedrungen zu sein.“

Haben Sie das schon einmal gehört? Er höhlt die Frühstücksbrötchen aus. Wenn Deutschland erneut vor der Geschichte versagen sollte, der Schuldige sass im Speisewagen des D-Zuges Berlin—Königsberg.

Reclam «arisiert»

Ueber die Veränderungen, die sich im Bücherbestande von Reclams Universalbibliothek seit dem „Umbruch“ vollzogen haben, berichtet Adolf Bartels im „Völkischen Beobachter“.

Danach sind u. a. ausgemerzt worden: Ferdinand Lassalle, Heinrich Heine, Ludwig Börne, Max Nordau, Theodor Herzl, Georg Hirschfeld und Hugo Salus.

Bartels ist mit dieser „Reinigung“, der natürlich auch zahlreiche weniger bekannte Autoren zum Opfer gefallen sind, im grossen Ganzen zufrieden, doch ist sie ihm nicht vollständig genug. Er zählt eine ganze Reihe von Schriftstellern auf, die verschwinden müssen, darunter Ilgo von Hoffmannsthal, „der ja Mischling ist“ und Hermann Mosenthal mit dem Textbuch zur Oper „Die lustigen Weiber von Windsor.“

das sie keine vollwertigen Volksgenossen sind. Vor allem das Leben in der Schule wird ihnen zur Hölle, Mischlinge besuchen zumeist die „arischen“ Lehranstalten. Da dort der Hass gegen die Juden geschürt wird, sind sie dem Spott der anderen Kinder ausgesetzt. Im Unterricht wird oft in der gemeinsten Weise auf die Juden geschimpft. Für die Mischlinge ist das eine seelische Qual, und die Eltern wissen nicht, wie sie ihren Kindern helfen können. Durch die Fragen, die ihnen die Kinder stellen, geraten sie in Wissenskonflikte. Belügen möchten sie ihre Kinder nicht, und die Wahrheit ist gefährlich. Sie kann zu Verfolgungen führen.“

Eines ist also erreicht: das Unglück der deutschen Juden, denen man die Auswanderung so gut wie unmöglich macht, kann kaum mehr gesteigert werden, es sei denn durch offene Pogrome. Aber die deutsche Bevölkerung zeigt zu solchen Ausbrüchen keine Neigung. Die Judenhetze hat nicht das gehalten, was sich die Anstifter von ihr versprochen. Vielmehr nimmt die Feindseligkeit gegen die Juden — vor allem in den bürgerlichen Schichten — in dem Masse ab wie der Hass gegen das nationalsozialistische Regime wächst. Der „Kriegsschauplatz Innerdeutschland“, von dem Himmler unlängst in seiner Rede vor den Offizieren sprach, ist heute für das Regime so unübersichtlich wie nur je. Die Machthaber neigen dazu, jeden Deutschen, der kein Parteiamt bekleidet, als Feind zu betrachten und sie wissen, warum!

sächlich und nahezu unpolitisch aus. Die Blut- und Bodenreligion nennt er den „widerstandenen Caliban“. Die Kultur brauche zweifellos den tiefen Boden des Unterbewusstseins, aber sie brauche mehr. Es ist die Tragik grosser Ideen, dass sie in kleinen Gehirnen klein werden müssen. Die Instinkte brauchen den Geist, der zugleich leitet und stärkt und „der allein verhindern kann, dass wir vom Primitiven verschlungen werden...“ Die Brutalität der Dynamischen aber — ist sie nicht das, was Psychologen die Brutalität der Schwäche genannt haben? Die Geste des „starken“ Mannes ist oft nur eine schützende Verkleidung, eine Maske für die Schwachheit, ein Versuch, sich selbst und andere bezüglich des wahren Zusammenhangs irrezuführen...“

Und was soll das Geschimpfe gegen intellektuelle Kultur? Sie ist ein Ergebnis der Erde und des Lebens wie alles andere. Was soll der ewige Appell an die Jugend? Sie ist das „Aelteste, Monotonste und Halsstarrigste im Leben der Menschheit — ein ewiges Gestern!“ Sie ist die Erhalterin des ewigen Kreislaufes und gehört oft zu jenen konservativen Kräften, „die jede Entwicklung vereiteln“. Und wer für Mythos schwärmt: der Kampf des Geistes stellt einen gewaltigen Mythos dar. Wer „in Gefahr leben“ will, bitte: der Kampf für das Gute ist immer gefährlich gewesen, ist es heute mehr denn je. Das Höchste ist die über alle Rassen und Klassen hinaus greifende menschliche Solidarität.

Hans Ruin zeigt die ewigen Probleme des Seelischen in aktueller Beleuchtung, aber ohne Berücksichtigung des wirtschaftlichen Untergrundes bleibt jede Kulturbetrachtung in der Luft hängen. Um die Renaissance des Primitiven und das Irrationale heutiger

Neue Waffen

Wenn man einem Jäger und Krieger der Bronzezeit erzählt hätte, dass jene Stämme, die nun nicht gerade an den Kupfergruben sassen, sich vielleicht ihre Waffen auch aus Eisen machen könnten, so hätte uns der etwa so mitleidig angesehen, wie gewisse Statistiker die deutschen Versuche zur Metallautarkie. Es muss aber einmal allen Ernstes klargestellt werden, dass jene pseudowissenschaftliche Beckmessererei, die von unserer Seite gegen alle Versuche, gewisse Rohstoffe durch andere zu ersetzen, geliebt wird, sich zumindest dadurch auszeichnet, dass sie von sehr wenig oder auch von einseitiger Sachkenntnis getrieben ist. Es muss erkannt werden, dass die Parole nicht in alle Ewigkeit lauten wird: Hier Kupfer und Demokratie und dort Diktatur und Magnesium.

Wir müssen uns von dem engstirnigen Konservatismus freimachen, der davon ausgeht, dass Margarine ein schlechter Ersatz von Butter, und Kunstseide ein schlechter Ersatz von Seide ist, einer Ideologie, die darin schon einen Prüfstein der Zivilisation sieht, ob die Kleidung von den Motten oder vom Holzwurm gefressen wird. Die auf diesem Gebiet geübte Methode, technische Leistungszahlen durch schlechte Witze zu ersetzen, muss aufhören.

Glauben wir denn ernstlich, dass der mit der gründlichen deutschen Technik koalierte deutsche Faschismus ein Gegner ist, der nicht als voll genommen werden braucht! Besonders die Bestrebungen zur deutschen Metallautarkie sind am allerschärfsten zu beobachten, weil sie auf engste den unmittelbaren Zusammenhang mit der Aufrüstung halten. Die Gefahr liegt hier darin, dass Deutschland durch Materialknappheit gezwungen ist, sich Sondermaterialien zu schaffen, deren Erforschung andere Länder nicht betreiben brauchen. In der Aufrüstung bedeuten aber Sondermaterialien besondere Waffen. Das Wort Ersatz hat auf diesen Gebieten seinen Sinn vollständig verloren. Besondere Waffen kann bessere Waffen bedeuten. Mit aller Aufmerksamkeit, ohne die geringste Vorangewissenheit müssen deshalb von uns alle deutschen Entwicklungen auf dem Gebiet der Rüstungsmetalle beobachtet werden. Qualitative Analyse ist notwendig. Quantitative Statistik allein kann die gefährlichsten Illusionen erzeugen.

Das Kupfer-Syndikat greift an

Während des Weltkrieges glaubten die Franzosen ihre neuen aerodynamischen Infanteriegeschosse „Modell français D“ aus reinem Kupfer herstellen zu müssen. Die Deutschen sahen sich geradezu vom Weltkupfersyndikat angegriffen. Es war, als wenn jemand mit Geld schiessen würde. Deshalb wurden die Geschosse auch aufgesammelt. Heute sind die Stabmantelgeschosse mehr als ein Ersatz dieser Munition.

Man kann das angeführte Beispiel nicht für entscheidend halten und auf die bekannte Unerstetzbarkeit des Kupfers für die Granatführungsringe hinweisen. Gerade die Artillerie im Trommelfeuer ist aber einer der ersten Kupferverbraucher im Krieg. Dieser Einwand ist richtig. Des-

halb kann man an ihm am allerbesten die Vergänglichkeit konservativer Anschauungen nachweisen.

Vor etwa einem halben Jahr standen der deutschen Granatenerzeugung nicht mehr genügend Kupferführungsringe zur Verfügung. Gewisse deutsche Kupferreserven durften nicht angegriffen werden, sie waren für den Ernstfall reserviert. In dieser Situation begannen die deutschen Munitionsfabriken Granatführungsringe aus einer Aluminiumlegierung zu verwenden. Es zeigte sich jedoch, dass das neue Ersatzmaterial zu hart war und den Draht der Geschützrohre zerstörte. Die Rohre waren bereits nach wenigen Schüssen soweit angeleiert, dass sie zu streuen begannen und die Zielgenauigkeit ganz unzulässig herabsetzten.

Das war vor einem halben Jahre, und in manchem Archiv werden diese Tatsachen noch ruhen, um zu geeigneter Zeit gegen die deutsche Ersatzstoffwirtschaft zu zeugen. Wie diese Archivsachen aber oft nur ein unzulängliches Demonstrationsmittel gegen den technischen Fortschritt überhaupt darstellen, das zeigt uns gerade dieses Beispiel wieder. Heute hat die Rüstungsfirma Krupp in einigen Patenten auch auf diesem Gebiet den Zustand der Kinderkrankheiten überwunden. Sie erzeugt Granatringe aus Eisen. Es ist allerdings ein durch Spezialverfahren erzeugtes, schwammiges, leicht verformbares Eisen. Von ihm wird behauptet, dass es den Nachteil des Kupfers, sich im gezogenen Teil des Geschützrohres abzulagern, nicht mehr besitzt. Die Firma Krupp sagt, dass ihre Eisenkarbonyl-Führungsringe die Abnutzung der Geschütze stark herabmindern. Die Granatringe aus dem neuen Material sind Krupp unter der Nummer 645 335 patentiert. Der Gefahr, dass bei der Massenerzeugung im Kriegsfall auch schlechteres

Material unterlaufen könnte, begegnet Krupp in einem früheren DRP 642 787, das den Granatführungsringen auch eine günstigere konstruktive Form gibt.

Abschied vom Messing

Vielen von uns ist die amtliche Beschlagnahme der Messinggriffe, der messingnen Wasserleitungshähne und Türschilder eine Kriegsmassnahme, die eng mit den anbrechenden Kohlrübenzeiten verknüpft ist. In Wirklichkeit ist dies eine einmalige, gefühlsmässige Verbindung, die nur unserer Generation eigen ist. Kohlrüben werden noch eine vorläufig unbegrenzte Zahl von Sommer wachsen. Messing wird auch ohne Krieg im Hausgebrauch bald so selten werden wie altes Zinn. Die Erschöpfung der Weltzinklager, also einem wesentlichen Bestandteil des Messings, wird innerhalb von zwanzig Jahren erwartet. Dann können auch die sogenannten reichen Nationen ihre Türschilder abschrauben.

Im Krieg wird der entscheidendste Messingverbrauch durch die Patronenhülsen der Infanterie- und Maschinengewehr-Munition hervorgerufen. Im Weltkrieg hat Deutschland dieses Material auf zwei Wegen zu ersetzen gesucht. Einmal wurden eiserne, verputzte Hülsen verwendet. Dieses harte Material zerstört jedoch sehr bald den Mechanismus der Gewehrslösser. Deshalb hat man auch versucht — ähnlich den Jagdpatronen — Presspapierhülsen im Metallspritzverfahren zu verputzen. Dieses Hülsenmaterial wäre vor allem bei dem Massenverbrauch der Maschinengewehre ideal. Die besondere Art des Werkstoffes wird aber hier vielleicht eine vollkommene Neukonstruktion des Lademechanismus fordern. Neuartig maschineller Patronentransport, zusammen mit elektrischer Zündung kann völlig neue Schnellfeuerwaffensysteme schaffen, die letzten Endes auf

Autarkiebestrebungen beim Verschleissmaterial zurückgehen. Gerade deshalb müssen diese Zusammenhänge ausserordentlich scharf beobachtet werden. Ein Gegner, der Maschinengewehrmunition verwendet, bei der nichts als die Kugel aus Metall ist und bei der Ladestreifen und Hülsen — aus Papiergewebe und Papierpressstoff — nach dem Feuern einfach weggeworfen werden, dieser Gegner ist taktisch durch die souveräne Beherrschung des Munitionstransport-Problems überlegen.

Werden Maschinengewehrgurte sehr weitgehend in dieser Richtung umkonstruiert und allzu leicht ausgeführt, so besteht die Gefahr, dass die Gurte schon bei geringem Schleiern und Rücken abreißen. Um trotzdem an dem Maschinengewehr heutiger Konstruktion so leicht konstruierte Gurte verwenden zu können und um dabei zugleich genügende Garantie eines glatten Ladeverlaufs zu haben, wird in Italien und Deutschland eine Neuerung am Maschinengewehr durchgeführt. Ein Metall-Führungs-schlauch sorgt für glatte Zuführung der Gurte und verhindert jede Ueberbeanspruchung der leichten Bänder. Das deutsche Reichspatent 644 053 hält die Societa Italiana Ernesto Breda in Mailand.

Material-Konservatismus

Alle diese angeführten Beispiele zeigen, wie in der Kriegstechnik Material und Konstruktion eng verknüpft sind. Der Faschismus ist auf diesem Gebiet nicht einfach, unter Erzeugung einer Ersatzstoffpsychose in Deutschland, anzugreifen. Auf dem Feld des kriegstechnischen Materialersatzes besteht die Gefahr in erhöhtem Masse, dass man vom getrübbten Blickpunkt des Material-Reichen selbst in eine leichtfertige Ersatzstoffpsychose verfällt, indem man mit der Devise: „Aller Ersatz ist schlecht“ zugleich die Devise: „Alle Material-Neuerfindungen sind schlecht“ aufstellt. Aus einem allzu gepflegten Material-Konservatismus könnte ein grosser Krieg ein überraschendes Erwachen bringen. — Kurt Doberer, Ing.

Der neue Dürer

In der parteioffiziellen „Kulturzeitschrift“ des Dritten Reiches, in den „Nationalsozialistischen Monatsheften“ (Dezember 1937) veröffentlicht ein Herr Waldemar Hartmann eine Studie über den grössten deutschen Maler unserer Tage.

Wer das ist? ... Geben Sie sich erst keine Mühe! Sie kommen doch nicht drauf. Wir sagen es Ihnen lieber kurz und schmerzlos. Also: Deutschlands grösster Künstler unserer Zeit heisst — selbstverständlich — Adolf Hitler. Halten Sie etwa was anderes erwartet?

Hitler hat bekanntlich einmal Maler werden wollen, ein richtiger Kunstmaler. Aber es wurde nichts daraus. Damals musste man noch Talent haben zu sowas. Begabung war damals wichtiger als Arierblut und Mitgliedsnummer. Komische Zeiten waren das... Hilflos also mangelte es an Talent, er musste seine Künstlerträume an den Nagel hängen. Aber in schönen Musesstunden griff er auch später noch öfter zum Pinsel, um harmlos-primitive, dilettantische-Bildchen herzustellen, farbigen Zeitvertreib für den Haus- und Herzensbedarf des Urhebers, von gleicher Art und Qualität etwa wie die Tuscheereien, die ein Durchschnittsgymnasiast

unter Anleitung seines Zeichenlehrers zu unter Anleitung seines Zeichenlehrers zu produzieren pflegt. Nie wäre jemand auf den Gedanken gekommen, diese „Werke“ mit dem Begriff Kunst ernstlich in Verbindung zu bringen, wenn nicht...

Heute also ist der Kunstmaler Hitler im Nebenberuf Diktator. Seine Bilder nicht bedeutend, nicht unvergleichlich zu finden, das kann gefährlich werden oder zu mindest der Karriere schaden.

Herr Waldemar Hartmann wird Karriere machen. Welten das? ... Er wird einen dicken Preis bekommen oder „Reichskunstbetrachter“ werden oder sonstwas. Er hat nämlich die schlichte Feststellung gemacht, dass Adolf Hitlers Aquarelle nur zu vergleichen sind ... womit? Auch das erraten Sie nicht! Also: Adolf Hitlers Bilder „erinnern an Dürers strenge Aquarellkunst“. Da kann man nichts dazu sagen. Das muss man still geniessen. Einem Max Liebermann haben sie in die „Schreckenskammer“ gehängt und die Tuscheübungen des Adolf Hitler stellen sie dem Werk Dürers gleich. Das ist das Dritte Reich des Volkes der Dichter und Denker ...

Hören wir uns einmal an, was Herr Hartmann ein Untergebener des Führers, in der Zeitschrift des Führers über die Kunstleistungen des Führers erzählt:

„Es gibt Erlebnisse des Herzens, die wir uns scheuen zu zerreden. Zu diesen Erlebnissen gehören die Zeichnungen des Führers ... Uns allen sind sie aus Herz gewachsen. Aber über sie zu schreiben, das ist vielleicht der schwerste Auftrag, der dem deutschen Kunstschrifttum gestellt werden kann.“

Auf gut deutsch werden Aufträge nicht gestellt, sondern erteilt oder gegeben. Aber der Blubo-Jargon der „nationalsozialistischen Kunstbetrachter mag eigenem Sprachgesetz unterstehen. Wir nehmen immerhin zur Kenntnis, dass das deutsche „Kunstschrifttum“ den Auftrag erhalten hat, über die Bilder des Führers zu schreiben. Und das ist — zugegeben — „vielleicht der schwerste Auftrag“. Freiwillig wäre an die Sache keiner herangegangen.

„Darin mag für jeden Kunstbetrachter eine allgemeine Lehre liegen, die grosse Lehre, sich allem schöpferischen Eigenleben achtungsvoll zu nahen, nicht deuten zu wollen, was undenkbar ist, sondern

Strömungen zu erklären, neigt auch Ruin dazu, dem rationalistischen Denken einige Schuld zu geben. Um diese angebliche Entseelung durch Intellektualismus und Rationalismus wird seit langem ein übertriebenes irreführendes Geschrei gemacht. Klare Vernunftdenken hat noch nie zu innerer Leere geführt, wohl aber die Stoppuhr, das Fliessband, die Mechanisierung der Arbeit und des gesamten Lebens, Massenarbeitslosigkeit, die Unsicherheit der Existenz infolge der Technisierung, der wahnsinnige Widerspruch zwischen Güterfülle und Existenzunsicherheit. Das aber hat nicht der „Rationalismus“ auf dem Gewissen, denn der hätte in den letzten Jahrzehnten ebenso gut zum Sozialismus führen können. Gerade das Anwachsen der Mystik in Europa scheint uns die Ueberlegenheit wohlverstandener historisch-materialistischer Geschichtsschreibung zu beweisen. In der Abkehr von „liberalistischer Vernunftlehre“ spiegelt sich die Abkehr von der Anarchie der hochkapitalistischen Wirtschaft, die von politischen Narren und Demagogen dem „liberalistischen Intellektualismus“, statt dem Wirtschaftliberalismus angekreidet wird. Der Schrei nach dem starken Manne ist ein Schrei gegen kapitalistische Asyrie. Daher die scheinsozialistische Verkleidung faschistischer Diktaturen. Dieselben Menschen aber, die Beseelung in der Mystik und nationalistischer Romantik suchen, nehmen die entsetzliche Entseelung durch den Faschismus hin. Man darf höchstens fragen: Wie lange noch!

Eine andere Quelle des Primitivismus und der Verherrlichung des Triebhaften bedeutet der Weltkrieg, der zu psychologischen Verwirrungen geführt hat, deren Reichweite heute noch nicht abzusehen ist. Der Nationalsozialismus rümt sich, aus

dem „Frontierlebnis“ entstanden zu sein. Dieses Frontierlebnis aber bestand nicht nur aus den Emotionen der Kameradschaft, sondern erheblich mehr aus technisiertem Massenmord und Vernichtung. Die animalische Wirkung auf die Jugend braucht nicht mehr bewiesen zu werden.

Hans Ruin übergeht diese zwei Hauptmomente. Er sagt ganz richtig, das einzige Mittel gegen die „Gefahren der Primitivität“ sei der offene Angriff; man müsse „das Böse in seinen Schlupfwinkeln aufsuchen“, womit er den Kampf gegen die Ideologie des modernen Despotismus aller Farben meint. Aber hier türmen sich einige Schwierigkeiten, denn der Faschismus bekennt sich weder zu seinen wirklichen Vätern, noch zu seinen Trieben. Er ist, grob gesprochen, eine nationalistische Lügenlehre, die sich je nach Bedarf tarnt. Wird hier die eine Maske vom Gesicht gerissen, hat sie schon eine andere zur Hand. Das geht so hurtig wie beim Verwandlungskörper im Variété. Ruins Betrachtungen enden 1934. Inzwischen hat er erleben können, dass die braune Diktatur sich als beste Demokratie ausgibt, die nichts mit Primitivität zu tun haben will, sondern die Europas Kultur rettet, niemanden gemordet hat, Vernunft und Geist wieder auf den Tron hebt, nur den Frieden will, keine Verherdung treibt, sondern nichts als Persönlichkeiten züchtet. Ruin vergleicht den wiedererstandenen Caliban einmal mit Shakespeares Gewaltmenschen: „... dort hasst man, dort liebt man, mordet seinen Feind, verflucht dessen Nachkommen durch alle Geschlechter, dort sündigt man frank und frei ...“ Der Caliban von heute jedoch sündigt nicht frank und frei, sondern lügt und verleugnet und heuchelt und zeigt so schlechtes Gewissen von oben bis unten. Brutalität aus Schwä-

che. Nicht allein, dass der Hitlerismus „der Erfahrung zu wenig Spielraum gewährt“, ist die grösste Gefahr für das Hakenkreuz, wie Ruin meint, sondern ebenso sehr seine Verleugnung des eigenen Wesens, seine Prinzipienlosigkeit, sein Verrat an seinen Lehren. Das muss, auf die Dauer gesehen, seine Anhänger heillos verwirren und zu jeder gedanklichen Verteidigung unfähig machen.

Diese Einwände und Ergänzungen können und sollen den Wert der Ruinschen Betrachtungen nicht schmälern. Sie bedeuten einen tapferen und klugen Angriff auf die ideologischen Bastionen des modernen Barbarismus, Angriff eines nordischen Humanisten, der auszog, um den Gegner Auge in Auge zu studieren und der zum Schlusse die schärfste Verdammung aussprechen muss. — R. G.

Spart, sammelt, spart!

Im Zuge des Vierjahresplans wird zur Ersparung von Roh-, Grund- und Urstoffen hiermit angeordnet:

1. Die beim Kämmen der Haare anfallenden Schuppen (Schinnen, Grind) sind in jeder Familie zu sammeln. Zu diesem Zweck wird der benutzte Kamm nach dem Gebrauch entschärft, und zwar geschieht dies am rationalsten, indem man durch die Zinken des rechtsbändig gehaltenen Kammes einen linkshändig und zwischen den Zähnen straffgezogenen Faden hindurchzieht. Im Interesse der Ersparung von Textilfasern ist ein öfteres Erneuern des Fadens als einmal vierteljährlich unstatthaft. Die gewonnene Masse wird in entlaustem Zustand von den Blockwarten gesammelt und eignet sich zur Herstellung eines sehr ansprechenden

Christbaumschnees. Die bisher hierzu benötigte Watte wird den Kriegslazaretten zugeleitet.

2. Auf einer Seite verwendetes hygienisches, sogenanntes Toilettenpapier ist zunächst andererseits zu verwenden und alsdann in besonderen Eimern zur Entkottung aufzuheben. Jede gewissenlose Beseitigung des Papiers durch die Wasserspülung ist strafbar. Das nach einem neuerfundnen Verfahren entkottete Papier eignet sich zur Wiederbenutzung genau wie neues. Anspruch auf individuelle Rücklieferung des selbstbenutzten Papiers besteht nicht.

3. Das beim Zähneputzen und Mundspülen benutzte Wasser wird Kläranlagen zugeleitet, wo die Zahnpasta zu neuem Gebrauch ausfiltriert wird. Der Niederschlag des Wassers ergibt fernorein vorzügliches Entschleimungsmittel für Propagandaredner des Göringplans.

4. Zwecks Minderung der Holzknappheit liefert jeder PG, das vor dem Kopf getragene Brett ab. Er erhält ein Ersatzbrett, bestehend aus zwei Nummern des „Stürmer“ mit „Mein-Kampf“-Einlage.

5. Zur Ersparung von Grundstoffen werden die Gerichtsurteile, zumal die der Volksgerichte, nicht mehr mit Gründen versehen. Dadurch werden auch die Haare erspart, an denen jene bisher herangezogen werden mussten.

6. Wer alsdann noch wagt, über Mangel an Rohmaterial zu meckern, wird selber als „Rohmaterial“ der Lagerkommandantur eines K. Z. zugeleitet und erhält volle Gelegenheit, sich zu überzeugen, dass es an Rohem in Deutschland keineswegs mangelt.

Arbeiter ohne Recht

um Verständnis des Undeutbaren zu rufen ...

Das Werk der meisten deutschen Künstler ... verlangt danach, dem Volk verständlich gemacht und nahegebracht zu werden. Das Werk Adolf Hitlers steht vor jedem Volksgenossen in seiner Größe so überzeugend dar, dass es keiner Deutung bedarf. Wie unendlich lächerlich berührt es, wenn man daran denkt, dass einst vor Jahren verkalkte Akademiker Zeichnungen jenes Mannes als unzulänglich ablehnten, der in dem von ihm erbauten dritten Deutschen Reich im Laufe von fünf Jahren den entarteten deutschen Künsten wieder eine führende Stellung in der Welt erobert hat.

Sieh mal an. Der Führer hat also was für das Ansehen „der entarteten Künste“ getan. Richtig. Das ist ja das, was wir immer sagen. Oder meint Hartmann vielleicht etwa ganz was anderes und ist nur unfähig, es richtig von sich zu geben? Vor einem Aquarell des grossen Künstlers, das ein französisches Städtchen darstellt, gibt Hartmann sich den folgenden wunderlichen Betrachtungen hin:

„In diesem Bilde ist die Rassenlehre, Kunstentwicklung und die Friedenspolitik des Nationalsozialismus schon vorbestimmt. Es ist in seiner Landschaftsauffassung eben so deutsch als nordisch-europäisch. Aus der angestammten Landschaft erlebt der deutsche Mensch sein Volk und seinen Gott am ursprünglichsten ... Weiter vermag ich über die Aquarelle des Führers nichts auszusagen.“

Soweit Rosenbergs Kunstexpert. Der Mann sollte mal zum Arzt gehen. Vielleicht ist er noch zu retten.

Der Kopfschuss

Anfang Januar berieten die deutschen Zeitungen, bei Ritzleben habe sich ein rätselhaftes Verbrechen ereignet. Der 30 Jahre alte Gutsinspektor Günther Heinrich wurde tot in einem Wassergraben aufgefunden. Die Leiche wies einen Kopfschuss auf. Der Kraftwagen, den Heinrich gelenkt hatte, war beim Auffahren auf einen Baum schwer beschädigt worden und stand ein beträchtliches Stück Weges vom Fundort der Leiche entfernt. Vom Auto bis zum Fundort führten Schleißspuren. Offenbar sei Heinrich das Opfer eines Mordanschlages geworden.

Am 8. Januar brachte die deutsche Presse die beruhigende Nachricht, es handle sich keineswegs um einen Mord, vielmehr habe die Untersuchung ergeben (wir zitieren die „Deutsche Allgemeine Zeitung“), dass Heinrich sich bei dem Unfall so schwere Kopf- und Brustverletzungen zugezogen hatte, dass er vor Schmerzen und Aufregung zur Pistole griff und sich eine Kugel in den Kopf schoss. Der Schuss war aber nicht tödlich, sondern hatte den Verlust des Augenlichtes zur Folge. Der schwerverletzte und nun blinde Kraftfahrer kletterte dann aus dem Wagen heraus und versuchte mit letzter Kraft, die nächste Ansiedlung zu erreichen. Dabei tappte er im Kreise herum und geriet so, nachdem er unter einem Koppeldraht hindurchgekrochen war, in den Wassergraben, aus dem er sich mit eigener Kraft nicht mehr befreien konnte.

Wie die Kriminalpolizei zu diesem erstaunlichen Ergebnis gekommen ist, wird mit keinem Wort erwähnt. Fest steht offenbar nur, dass der renitente Tote nach seiner Entseelung durch dicke Zäune gekrochen ist und statt Kriech- auch noch Schleißspuren hinterlassen hat, um die Mordkommission irrezuführen. Ueber seine politische Zuverlässigkeit fehlt jede Angabe.

Der ideale Pimpf

Was ein richtiger Pimpf ist, erzählt der „Dresdner Anzeiger“ vom 18. Dezember. Mutter und Pimpf machen Weihnachtseinkäufe. Die Mutter will in ein Geschäft; der Pimpf zupft sie energisch am Ärmel.

Die Mutter stutzt ein wenig: „Weshalb, es ist doch das Schild „Arisch“ an der Tür.“

„Ja, ein Schild schon“, sagt der Pimpf, „aber ohne Hakenkreuz und Stempel der Gauleitung der NSDAP Sachsen, Amt für Handwerk und Handel.“

„Ja, unsere Pimpfe sind auf der Höhe“, schreibt leuchtenden Auges das gleichgeschaltete Blatt. Denn jenes Schild erhält nur ein Geschäft, „in dem nicht nur der Inhaber, sondern auch seine Frau arisch ist, kein jüdisches Personal beschäftigt und kein jüdisches Kapital angelegt ist.“ Seht, so werden im Dritten Reich Persönlichkeiten gezüchtet. In einem Alter, da wir noch bei Robinson hielten und kindliche Naivität unser Bestes war, schnürt der neudeutsche Pimpf die Statuten der HJ und die antisemitischen Hassparagrafen der braunen Instruktionstunde nur so herunter.

Das Schicksal der deutschen Bauarbeiter Die moderne Institution des freien Arbeitsvertrags war eine notwendige Folge des humanitären Fortschrittes. Jene Jahrzehnte, in denen achtjährige Kinder in den Bergwerken arbeiten mussten, wurden mit der Anerkennung des Arbeiters als gleichberechtigter Vertragspartner des Unternehmers liquidiert. Diese formale Gleichheit war freilich noch keine soziale Gleichheit. Karl Marx kennzeichnete sie in einem doppelten Sinne. Der Arbeiter war nicht nur politisch freier Bürger, sondern er war auch „frei“, entblösst von jeglichem Kapitalbesitz und daher gezwungen, sich dem Vertragspartner zur „Ausbeutung“ zu überlassen. An diesem Punkte setzte die moderne Sozialpolitik ein. Arbeitsrecht und Arbeitsschutz legten die Grenzen fest, die dem Belieben vertragschliessender Parteien Einhalt gebieten und die Ordnung des Arbeitsverhältnisses normieren sollten. Um den wirtschaftlich Schwächeren gegenüber den Besitzenden Schutz zu verleihen, wurde die kollektive Kräfteentfaltung der organisierten Arbeiter als unerlässlicher Bestandteil des Arbeitsvertrags anerkannt.

Es kennzeichnet die Abkehr des Dritten Reiches von allen Voraussetzungen sozialer Lebensgestaltung, dass Arbeitsvertrag und Arbeitsrecht für das Arbeitsverhältnis im Sinne der nationalsozialistischen Neuordnung nicht mehr massgebend sind. Der Zusammenschluss von Unternehmern und Arbeitern zur „Arbeitsgemeinschaft“ hat nach den letzten programmatischen Ausführungen des „Deutschen Arbeitsrecht“ aus Betriebsführer und Gefolgsmann eine „organische Einheit“ geschaffen. Der Arbeiter tritt nicht mehr in einen Arbeitsvertrag, sondern er vollzieht seinen „Eintritt in die Arbeitsgemeinschaft“. Die Rechtspersönlichkeit des Arbeiters, die vertragliche Verpflichtung des Unternehmers treten vor der „gemeinschaftschöpferischen Bedeutung“ dieses personenrechtlichen Zusammenschlusses völlig in den Hintergrund. Die Rechtslosigkeit des Arbeiters wird wie folgt gekennzeichnet:

„Das so geschaffene Arbeitsverhältnis ist also kein Erfüllungsverhältnis, kein Arbeitsverhältnis im bisherigen Sinne... man sollte also auch diesen Zusammenschluss nicht „Arbeitsvertrag“ nennen.“

Es geht nicht mehr um eine vertraglich festgelegte Willenskundgebung, wonach der eine Partner die Arbeitsleistung, der andere die Lohnzahlung zu erfüllen hätte, sondern der Arbeitsvertrag ist ersetzt durch den obrigkeitlichen Arbeitseinsatz. Dieser Rückfall in die Arbeitsklaverei kommt heute in den Arbeitsgesetzen nicht voll zum Ausdruck, denn das geschriebene Arbeitsrecht wird durch zahllose Verordnungen aus dem Vierjahresplan gänzlich wirkungslos gemacht. Die soziale Entmündigung trifft die gelernten Facharbeiter am allerschwersten. Es gehört bereits ein eingehendes Studium dazu, um heute noch alle Disziplinar-Verordnungen zu übersehen, die für den einzelnen Beruf an die Stelle von Arbeitsrecht, Arbeitsschutz und Arbeitsvertrag getreten sind. Eine Aufzeichnung, die uns ein Maurer zur Verfügung stellt, mag der Welt zeigen, wie weit z. B. die Barbarei geht, der heute die Bauarbeiter im Dritten Reich unterworfen sind.

Die ersten Befehle fallen noch in die Zeit der Arbeitsschlacht von 1933, als die Bauarbeiter zu Tiefbauarbeiten kommandiert wurden. Dann folgten 1934 und 1935 eine Reihe Anordnungen zwecks Sicherstellung des Arbeitseinsatzes in der Landwirtschaft. Noch handelte es sich um befristete Beschränkungen der Freizügigkeit und Arbeitswahl der Bauarbeiter. Dann setzte der Vierjahresplan ein.

Die Bauarbeiter wurden von der ersten, dritten, vierten und sechsten der Göring'schen Anordnungen erfasst. Die Bauunternehmer mit wenigstens 10 Beschäftigten wurden zur Einstellung einer bestimmten Zahl von Lehrlingen verpflichtet. Die Arbeitseinsatzbehörden stellen aus dem Kreis der Schulentlassenen die ihnen angemessen erscheinende Zahl von Lehrlingen für die Baubetriebe. Die freie Berufsberatung ist der behördlichen Anordnung gewichen. Die unverändert gebliebenen Schutzbestimmungen der Gewerbeord-

nung bleiben gegenüber dieser Lehrlingszuchterei ganz unzulänglich. Die nächste Anordnung brachte die zwangsweise Rückführung der Bauarbeiter, die sich anderen Berufen zugewandt hatten, ins Baugewerbe. Die vom Arbeiter abgeschlossenen Arbeitsverträge waren obrigkeitlich für aufgehoben erklärt. Zwecks restloser Durchführung der Vierjahres-Verordnungen folgte ein Verbot der Chiffreanzeigen nach Baufacharbeitern. Es diente nicht etwa der missbräuchlichen Ausnutzung von Arbeitsangeboten, sondern der Verhinderung eines Arbeitsplatzwechsels mit Lohnverbesserung. Die vierte Anordnung brachte die Meldepflicht für alle Bauvorhaben, zwecks zentraler Verteilung der Baustoffe und der Arbeitskräfte. Die Arbeitsbehörde verfügt über die Bauarbeiter, militärisch und bürokratisch.

Die eingesetzten Bauarbeiter werden durch eine weitere Verordnung über die „Verhinderung rechtswidriger Lösung von Arbeitsverhältnissen“ ihrem Unternehmer sklavennählich übereignet. Der Bauunternehmer erhält das Recht, das Arbeitsbuch seines Arbeiters oder Angestellten zurückzuhalten.

Die räumliche Verlegung der Kriegsheilanstalten veranlasste die nächste Anordnung über den Bau von Heuerlings- und Werkwohnungen. Wiederum wird über die örtliche Verteilung der Bauarbeiter von oben verfügt. Auf die besonderen Tarif- und Betriebsordnungen hat der hin- und her geschobene Bauarbeiter keinerlei Einfluss.

Die Reste aller noch aus dem Jahre 1933 übernommenen alten Tarifverträge, die in eine Tarifordnung gebaut worden waren, werden mit dem 29. Januar 1937 endgültig aufgehoben. Abgesehen von dem Tariflohnabbau fällt nun die Begrenzung der Arbeitszeit. Es gibt keine tägliche oder wöchentliche Mindest- und Höchstarbeitszeit, sondern nur noch Rahmenbestimmungen für je acht Wochen. Typisch ist die Tarifordnung für die Baustellen der Reichsautobahnen, die von den Nazis als sog. „Schlechtwetterregelung“ bezeichnet wird. Nach ihr darf die Arbeitszeit „zur Berücksichtigung der Witterungseinflüsse“ innerhalb eines vom Unternehmer bestimmten Sechswochenzeitraums ungleich verteilt werden, sie soll in einer Woche sechzig Stunden nicht überschreiten. Mehrarbeitszuschläge sind in keinem Falle zu bezahlen.

Eine besondere Verordnung für die Maurer und Zimmerer vom 6. Oktober 1937 bestimmt, dass sie nur mit Zustimmung des Arbeitsamtes eingestellt werden dürfen, andernfalls ist der Vertrag fristlos lösbar.

Da bei dem gegenwärtigen System in einem grossen Teil der Baubetriebe mit von auswärts herangeholten Arbeitskräften gearbeitet wird, die Bauarbeiter aber Weihnachten bei ihrer Familie verbringen wollen, so werden die meisten dieser Betriebe vom 23. Dezember bis zum ersten Werktag des neuen Jahres geschlossen. Nach dem herrschenden Begriff vom Arbeitseinsatz handelt es sich in diesen Fällen um keine Arbeitslosigkeit, sondern um Werksurlaub, so dass weder Lohn- noch Unterstützungsanspruch gegeben ist.

In diesem Gestrüpp von Verordnungen und Dekreten ist mit der Freiheit des Arbeiters auch der freie Arbeitsvertrag dahin geschwunden. „Aber“, so heisst es in diesen Tagen wieder in einer Aeusserung des Führers, „es gibt nur einen Adel, den Adel der Arbeit, er hebt den Titel Arbeiter aus der ehemaligen Minderbewertung der vernationalsozialistischen Zeit in die Hochwertigkeit unserer Zeit“. Die Bauarbeiter können diese Neubewertung auch in ihren Löhnen feststellen. Selbst bei einem Vergleiche der sogenannten Tariflöhne, die heute kaum eingehalten werden, ergibt sich folgendes Bild; wenn man 1937 dem letzten Jahr der Hochkonjunktur gegenüberstellt:

Tariflicher Stundenlohn eines Maurers

	1929	1937
Berlin	147	108
Hamburg	149	110
Dresden	131	94
Leipzig	133	96
München	131	95
Stuttgart	129	98
Magdeburg	125	87

Diesem Sinken der nominalen Tarif-

löhne stehen die um 25 bis 30 Prozent gesteigerten Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel gegenüber.

Die Bauarbeiter teilen ihr Schicksal mit den übrigen Berufen. Ihr heutiges Arbeitsverhältnis entbehrt jeder vertraglichen und rechtlichen Grundlage. Wo die einfachsten Menschenrechte mit Füßen getreten werden, kann es eben keine Sozialpolitik geben. Wo der sittliche Wille zur sozialen Gleichberechtigung und Freiheit fehlt, kann sich umgekehrt niemals eine Volkskultur entfalten.

Der neue Mensch

Bei der Ortsgruppe der NSDAP in Oberschöneweide liefen nacheinander vier anonyme Denunziationen gegen einen mehr als siebzig Jahre alten Ortabewohner und seine zwei Schwestern ein. Die drei Leute, so hiess es in den Briefen, seien Staatsfeinde, sie trieben Spionage, verschöben Devisen und hätten Umgang mit Juden. Die Beschuldigten wurden peinlich verhört, wieder und wieder, aber selbst die Inquisitoren der Partei konnten nur ihre Schuldlosigkeit entdecken. Dafür kam man aber durch Zufall den anonymen Denunzianten auf die Spur. Eine 50jährige Frau namens Krüger hatte gemeinsam mit ihrem Mann die Briefe verfasst. Und diese Frau Krüger war die teibliche Tochter des alten Mannes, der mit Hilfe der Denunziationen beinahe im Konzentrationslager geendet hätte.

So berichtete die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ vom 9. Januar 1938 und sie fügte befriedigt hinzu, die Denunziantin habe ein Jahr Gefängnis bekommen. Es handelt sich aber garnicht um Frau Krüger aus Oberschöneweide und gerade die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ weiss das recht gut — es handelt sich um Deutschland 1938, in dem diese Frau Krüger in vieltausendfacher Ausgabe herumläuft. Die „Deutschlandberichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ veröffentlichen z. B. in ihrer Nr. 11, 4. Jahrgang, den folgenden Bericht aus Nordwestdeutschland:

„Der mecklenburgische Gauamtsleiter von „Kraft durch Freude“ hatte die Forderung des Wohlfahrtsamtes, Unterhalt für seine Mutter zu zahlen, abgelehnt. Das Wohlfahrtsamt klagte. Im Prozess begründete der Gauamtsleiter seine Ablehnung damit, dass seine Eltern Marxisten seien. Er führte zum Beweise herabsetzende Bemerkungen seiner Mutter über den Führer an. Der Richter fragte ihn, ob er wisse, dass er damit seine Mutter sechs Monate ins Gefängnis bringen könne. Der Gauamtsleiter bejahte die Frage des Richters. Er wurde zur Zahlung der Beiträge verurteilt. Den Eltern ist kein Prozess gemacht worden.“

Dafür wird der Gauamtsleiter vielleicht dem altmodischen Richter einen Prozess machen. Denn der neue Mensch soll sich im Dritten Reich ungehemmt entwickeln und seine edelsten Triebe entfalten können.

Bezugspreise

Der «Neue Vorwärts» kostet im Einzelverkauf innerhalb Frankreichs 1.50 Frs (für ein Quartal bei freier Lieferung 18 Frs). Preis der Einzelnummer im Ausland (die Bezugspreise fuer das Quartal stehen in Klammern). Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien: Belg. Frs. 2 (24.—), Brasilien 1 Milreis (12.—), Bulgarien Lew 8.— (96.—), C. S. R. Ké 1.40 (18.—), Danzig-Guld. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Grossbritannien £ 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lit. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B Frs 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA 0.08 (1.—).

Einzahlungen koennen erfolgen: Paris Credit Commercial de France, N° 521111 Tschechoslowakei: Zeitschrift «Neuer Vorwärts» Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: «Neuer Vorwärts» Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: «Neuer Vorwärts» Karlsbad, Warschau 194.797 Schweiz: «Neuer Vorwärts» Karlsbad, Zürich Nr VIII 14.697. Rumänien: Anglo-Chechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Bukarest, Konto «Neuer Vorwärts», Bukarest Nr. 2088. Ungarn: Anglo-Chechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad Konto «Neuer Vorwärts» Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Chechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto «Neuer Vorwärts», Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.

Le Gérant: Maurice COQUET.